

**Österreich 2025:
Privater Konsum und öffentliche
Investitionen in Österreich**

**Stefan Ederer, Josef Baumgartner,
Jürgen Bierbaumer-Polly, Serguei Kaniovski,
Silvia Rocha-Akis, Gerhard Streicher**

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Österreich 2025: Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich

**Stefan Ederer, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Serguei Kaniovski,
Silvia Rocha-Akis, Gerhard Streicher**

September 2016

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Begutachtung: Stefan Schiman • Wissenschaftliche Assistenz: Martina Einsiedl

Inhalt

Die Inlandsnachfrage entwickelte sich in Österreich seit Mitte der 1990er-Jahre merklich weniger dynamisch als davor. Insbesondere die privaten Konsumausgaben, die den größten Anteil an der Inlandsnachfrage haben, nahmen nur verhalten zu. Seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hat sich dieses Muster weiter verstärkt. Die Studie diskutiert mögliche Ursachen dieser Nachfrageschwäche, wobei der Entwicklung der Einkommen und ihrer Verteilung als wichtigster Determinante der Konsumausgaben besonderes Gewicht zukommt. Die Effekte verschiedener Maßnahmen zur Stärkung der Inlandsnachfrage auf die Einkommensverteilung, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und ihre Teilaggregate sowie auf Wertschöpfung und Beschäftigung sowohl auf gesamtwirtschaftlicher als auch auf Sektorebene werden in einer Modellsimulation untersucht.

Rückfragen: Stefan.Ederer@wifo.ac.at

2016/280-3/SOe/WIFO-Projektnummer: 9614

© 2016 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Download 32,00 €: <http://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/59037>

Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich

Stefan Ederer (Projektleitung), Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Serguei Kaniovski, Silvia Rocha-Akis, Gerhard Streicher

Inhaltsverzeichnis	Seite
1 Einleitung	1
2 Entwicklung der österreichischen Nachfrage	2
2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	2
2.2 Konsum und Sparen	7
2.3 Öffentliche Investitionen	14
3 Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage	19
3.1 Einleitung	19
3.2 Verwendete Simulationsmodelle	20
3.2.1 WIFO-Mikrosimulationsmodell	20
3.2.2 WIFO-Macromod	22
3.2.3 WIFO-Modell ADAGIO	26
3.3 Simulationsergebnisse	27
3.3.1 Szenarien und Verteilungswirkungen	27
3.3.2 Makroökonomische Effekte	31
3.3.3 Sektorale Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte	36
4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	40
5 Literaturhinweise	43

Verzeichnis der Übersichten	Seite
Übersicht 2.1: Entwicklung der realen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage	3
Übersicht 2.2: Produktivität und Löhne in Österreich	4
Übersicht 2.3: Verteilung der äquivalenten nominellen Einkommen nach Terzilen	9
Übersicht 2.4: Entwicklung der äquivalenten realen Einkommen nach Terzilen	10
Übersicht 2.5: Struktur des Konsums der privaten Haushalte laut VGR in ausgewählten Jahren	11
Übersicht 2.6: Struktur des äquivalenten Konsums der privaten Haushalte nach Einkommensgruppen sowie Verteilungsmaße	11
Übersicht 3.1: Konsum der privaten Haushalte nach Terzilen der verfügbaren Haushaltseinkommen	24
Übersicht 3.2: Verteilungseffekte für die verfügbaren Haushaltseinkommen durch eine Entlastung der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen, 2016	29
Übersicht 3.3: Entlastungsszenarien	32
Übersicht 3.4: Makroökonomische Effekte	35
Übersicht 3.5: Multiplikatoren	36
Übersicht 3.6: Wertschöpfungseffekte nach Sektoren	37
Übersicht 3.7: Bedeutung der Beschäftigungseffekte für die Sektoren	38

Verzeichnis der Abbildungen	Seite
Abbildung 2.1: Lohnquote	4
Abbildung 2.2: Finanzierungssalden	6
Abbildung 2.3: Reales Konsum- und Einkommenswachstum sowie die Sparquote im Zeitverlauf, 1977 bis 2015	8
Abbildung 2.4: Bruttoinvestitionen des Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2015	15
Abbildung 2.5: Bruttoinvestitionen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2015	16
Abbildung 2.6: Nettoinvestitionen von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2015	16
Abbildung 2.7: Bruttoanlageinvestitionen des Staates nach Vermögensgütern gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2015	17
Abbildung 2.8: Bruttoanlageinvestitionen nach Funktionskategorien insgesamt und der Gebietskörperschaften gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2014	18
Abbildung 3.1: Konsumneigungsprofile nach Terzilen	25

Privater Konsum und öffentliche Investitionen in Österreich

Stefan Ederer (Projektleitung), Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer-Polly, Serguei Kaniovski, Silvia Rocha-Akis, Gerhard Streicher

1 Einleitung

Das Wirtschaftswachstum eines Landes hängt sowohl von angebotsseitigen als auch nachfrageseitigen Faktoren ab. Auf der Angebotsseite bestimmen vor allem die Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital sowie der technische Fortschritt – der unter anderem von Forschung, Bildung und Innovation abhängt – die Zunahme des Produktionspotentials. Kurzfristig bestimmt wiederum die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage die Auslastung der Produktionskapazitäten und damit die Realisierung der maximal möglichen Produktion. Nachfrageseitige Faktoren spielen allerdings auch für das langfristige Wirtschaftswachstum eine entscheidende Rolle: Ist die Auslastung der Kapazitäten gering, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage mit dem Anstieg des Produktionspotentials nicht mithält, dann sinkt auch die Bereitschaft der Unternehmen in neue Anlagen zu investieren. Dies dämpft das Wachstum des Kapitalstocks und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und somit auch den zukünftigen Wohlstand.

Höhe und Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage spielen daher eine entscheidende Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes. Für eine Diskussion der wirtschaftspolitischen Herausforderungen und Optionen der nächsten 10 Jahre, wie sie im Forschungsprogramm „Österreich 2025“ untersucht werden, ist eine Berücksichtigung der Nachfrageseite also unumgänglich.¹ Dabei ist insbesondere zu beachten, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen, die sich auf eine Stärkung der Angebotsseite konzentrieren, möglicherweise eine Schwächung der Nachfrage zur Folge haben. So hat beispielsweise eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch Lohnzurückhaltung oder eine Kürzung der Sozialleistungen einen dämpfenden Effekt auf die privaten Konsumausgaben.

Die österreichische Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren kaum gewachsen (siehe Kapitel 2). Neben einer ausgeprägten Schwäche der weltwirtschaftlichen Dynamik hat dazu auch eine verhaltene Entwicklung der Inlandsnachfrage beigetragen. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 kaum. Die Schwäche der Inlandsnachfrage war jedoch auch schon in den Jahren vor der Krise bemerkbar (*Marterbauer et al., 2006*). Sie stand in engem Zusam-

¹ Eine Reihe von Studien im Rahmen des Forschungsprogramms „Österreich 2025“ untersucht die Angebotsseite der österreichischen Wirtschaft; siehe http://www.wifo.ac.at/oesterreich_2025.

menhang mit der Herausbildung eines exportorientierten Wachstumsmodells in Österreich ab den 1990er-Jahren. Im Zuge der weltweiten Deregulierung von Handels- und Kapitalströmen („Globalisierung“) und insbesondere durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 sowie später durch die Integration der ostmitteleuropäischen Länder („Miniglobalisierung“, Breuss, 2015) wurden die Exporte zur wichtigsten Triebkraft der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Unterstützt wurde dies durch geringere reale Lohnzuwächse im Vergleich zum Produktivitätsanstieg, die zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den meisten Handelspartnern führten. Die Kehrseite war jedoch eine schwache Einkommensentwicklung, die einen deutlichen Rückgang der Lohnquote nach sich zog. Dies dämpfte die Inlandsnachfrage und führte zu einer geringen Importdynamik und zu einem deutlichen Überschuss in der Leistungsbilanz (Ederer – Reschenhofer, 2013).

Das Ziel der vorliegenden Studie ist die Untersuchung der Entwicklung ausgewählter Komponenten der österreichischen Nachfrage, möglicher Ursachen dieser Entwicklung sowie die Ableitung von Politikmaßnahmen zu ihrer Stärkung. Sie ist wie folgt aufgebaut: Im folgenden Kapitel wird die Entwicklung der Komponenten der österreichischen Nachfrage im Zeitverlauf diskutiert. Schwerpunkt ist dabei eine Untersuchung der Konsumausgaben der privaten Haushalte und der öffentlichen Investitionen.² Daran anschließend werden in unterschiedlichen Modellsimulationen Möglichkeiten zur Stärkung der Konsumnachfrage untersucht und ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte berechnet. Abschließend werden einige Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik gezogen.

2 Entwicklung der österreichischen Nachfrage

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Das Wachstumsmuster der österreichischen Wirtschaft hat sich ab Mitte der 1990er-Jahre verschoben. Vergleicht man den Zeitraum von Anfang der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre mit der daran anschließenden Periode bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09, so zeigen sich markante Unterschiede. Die reale gesamtwirtschaftliche Produktion nahm in beiden Zeiträumen im Durchschnitt um jährlich etwa 2,5% zu (Übersicht 2.1). Bei den einzelnen Nachfragekomponenten gibt es jedoch erhebliche Differenzen. So expandierte die inländische Nachfrage nach dem EU-Beitritt 1995 durchschnittlich um einen halben Prozentpunkt schwächer als im Zeitraum davor. Wesentlich dazu beigetragen hat der verhaltene Anstieg der privaten Konsumausgaben. Aber auch der öffentliche Konsum und die Bruttoanlageinvestitionen nahmen deutlich schwächer zu als in der Vorperiode. Markant ist außerdem der Rückgang des Wachstums der Bauinvestitionen, die im Zeitraum ab Mitte der 1990er-Jahre weitgehend stagnierten. Die Ausrüstungsinvestitionen expandierten hingegen etwas stärker als in der Vorperiode.

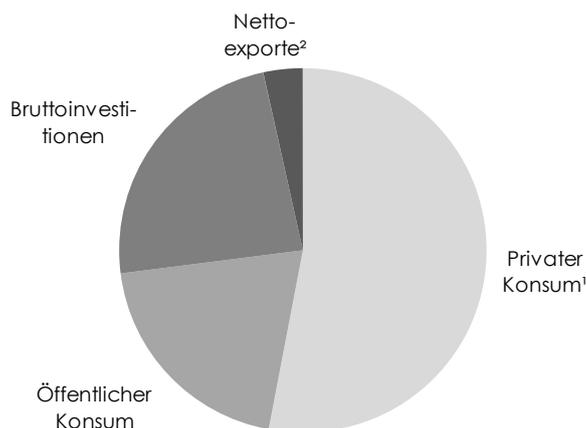
² Die Entwicklung und Förderung von Unternehmensinvestitionen wird im Rahmen anderer Studien des Forschungsprogramms „Österreich 2015“ behandelt; siehe http://www.wifo.ac.at/oesterreich_2025.

Übersicht 2.1: Entwicklung der realen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

	1981/1994	1994/2007	2007/2015
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Privater Konsum ¹	+ 2,3	+ 1,8	+ 0,5
Öffentlicher Konsum	+ 2,1	+ 1,8	+ 1,2
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,2
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 2,1	+ 2,4	+ 0,6
Bauten	+ 2,4	+ 0,1	- 1,3
Inlandsnachfrage	+ 2,4	+ 1,9	+ 0,5
Exporte	+ 4,0	+ 7,0	+ 1,6
Importe	+ 3,9	+ 5,5	+ 1,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,4	+ 2,6	+ 0,6

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Zeitangabe der Berechnung der durchschnittlichen Veränderungsrate bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 1981/1994 als erste Veränderungsrate jene von 1981 auf 1982, als letzte jene von 1993 auf 1994. –
¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Abbildung 2.1: Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, 2015



Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond, WIFO-Berechnung. – ¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Exporte minus Importe.

Parallel zur Abschwächung der Inlandsnachfrage intensivierte sich der Außenhandel. Das Expansionstempo sowohl der Exporte als auch der Importe nahm Mitte der 1990er-Jahre deutlich zu. Auch das Muster veränderte sich markant: Während die Ausfuhren und Einfuhren bis zu diesem Zeitpunkt gleichmäßig stiegen und sich ihr Beitrag zum Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenseitig aufhob, nahmen danach die Exporte deutlich stärker zu. Der Außenhandel trug damit im Zeitraum ab 1995 wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum bei. Diese Beschleunigung des Außenhandels stellt einen internationalen Trend dar, der – neben der Zunahme der internationalen Kapitalflüsse – üblicherweise als „Globalisierung“ bezeichnet wird. Die internationalen Ströme von Waren, Dienstleistungen und Kapital wurden seit den 1990er-Jahren weltweit dereguliert. Die Integration großer Volkswirtschaften

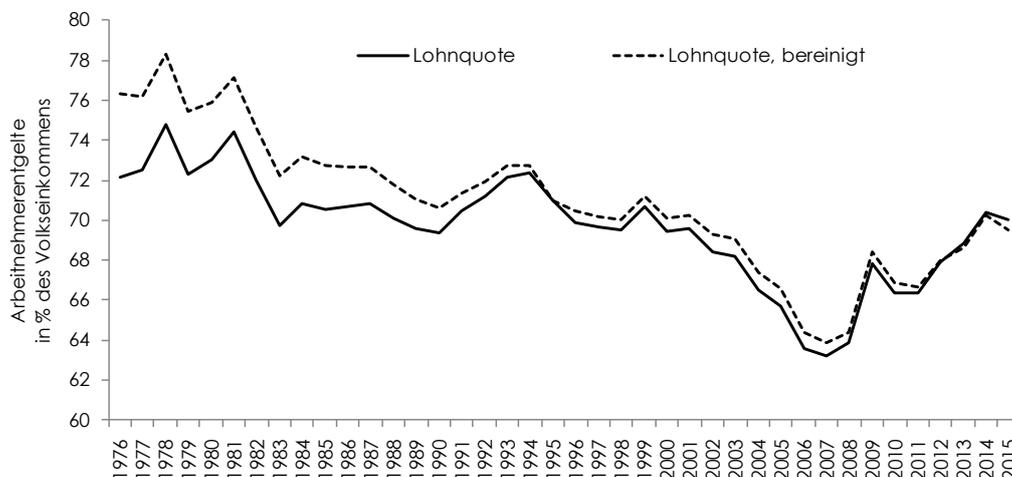
in den Weltmarkt bedeutete sowohl neue Absatzmärkte für heimische Produkte als auch eine gute Möglichkeit, durch Verlagerung von Produktionsstätten und eine zunehmende Aufspaltung der globalen Wertschöpfungsketten, Kosten einzusparen. Der EU-Beitritt 1995 unterstützte diese Entwicklung. Insbesondere die Integration der ost- und südosteuropäischen Länder in die EU führte zu einem Anstieg der Exporte in diese Länder.

Übersicht 2.2: Produktivität und Löhne in Österreich

	1981/1994	1994/2007	2007/2015
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in %		
Produktivität (BIP je Erwerbstätigen)	+ 2,0	+ 1,6	– 0,3
Löhne pro Kopf	+ 4,7	+ 2,1	+ 1,9
Konsumdeflator (2010 = 100)	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,9
BIP-Deflator (2010 = 100)	+ 3,2	+ 1,4	+ 1,7
Reallöhne pro Kopf (deflationiert mit Konsumdeflator)	+ 1,6	+ 0,5	– 0,0
Reallöhne pro Kopf (deflationiert mit BIP-Deflator)	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,2
Lohnstückkosten (2010 = 100)	+ 2,7	+ 0,5	+ 2,2
real (deflationiert mit Konsumdeflator)	– 0,3	– 1,1	+ 0,3
real (deflationiert mit BIP-Deflator)	– 0,5	– 0,9	+ 0,5

Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die Zeitangabe der Berechnung der durchschnittlichen Veränderungsrate bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 1981/1994 als erste Veränderungsrate jene von 1981 auf 1982, als letzte jene von 1993 auf 1994.

Abbildung 2.2: Lohnquote



Q: Statistik Austria, WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Die bereinigte Lohnquote berücksichtigt die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

In engem Zusammenhang mit der Ausbildung eines exportgetriebenen Wachstums in Österreich stand die Lohnentwicklung. Vergleicht man die beiden Zeiträume vor und nach 1995, dann zeigt sich hier eine deutliche Zäsur (Übersicht 2.2). In der ersten Periode nahmen die Nominallöhne (+4½%) im Durchschnitt deutlich stärker zu als die gesamtwirtschaftliche Produktivität (+2%). Die (nominellen) Lohnstückkosten stiegen somit jährlich um durchschnittlich

etwa 2½%. Die Preise stiegen allerdings noch kräftiger, im Durchschnitt um etwa 3%. Die Real-löhne (pro Kopf) nahmen damit um etwa 1,5% zu, und die realen Lohnstückkosten, ein Maß für den Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten, gingen zurück. Die Lohnquote in Prozent des Volkseinkommens blieb im Großen und Ganzen von Beginn der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre stabil (Abbildung 2.2).

Mitte der 1990er-Jahre veränderte sich dieses Muster jedoch. So nahmen die Nominallohne in der Periode danach um durchschnittlich nur einen halben Prozentpunkt pro Jahr stärker zu als die Produktivität. Die nominalen Lohnstückkosten stiegen somit um verhaltene 0,5% pro Jahr. Dies führte zu einer markanten Verschiebung der relativen Preise zwischen Österreich und seinen Handelspartnern. Seit der Einführung der gemeinsamen Währung 1999 verschärfte sich dieser Trend noch einmal etwas. Da die Länder des Euro-Raums ihre Währungen nun nicht mehr abwerten konnten, schlug sich die deutliche Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung unmittelbar in der preislichen Wettbewerbsfähigkeit innerhalb des Euro-Raums nieder. Da sich der Euro-Wechselkurs gegenüber anderen Währungen am Durchschnitt des Euro-Raums orientierte, ist auch davon auszugehen, dass der Euro für Österreich zu schwach war. Die hohen Inflationsraten im Süden dämpften den Wechselkurs. Österreich war somit Trittbrettfahrer auf der starken Lohnentwicklung in anderen Ländern des Euro-Raums (Ederer – Reschenhofer, 2013).

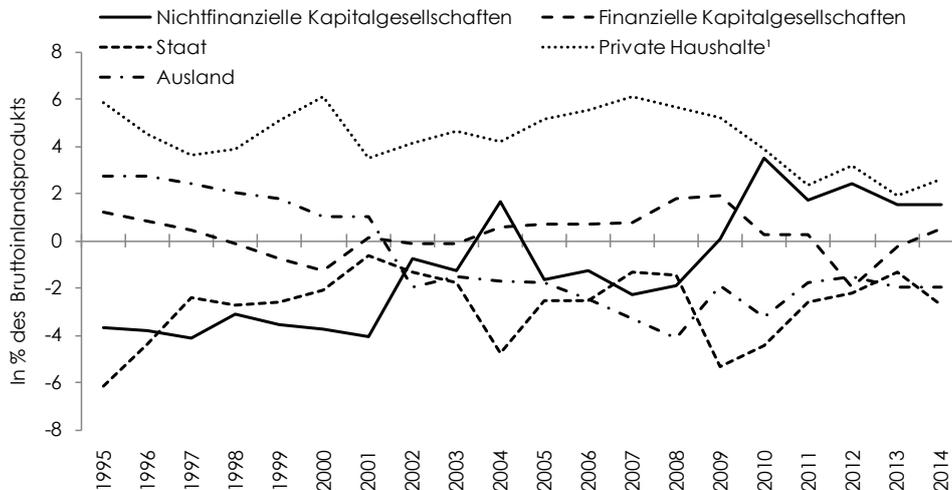
Die Divergenz der Lohnstückkostenentwicklung innerhalb des Euro-Raums schlug sich jedoch nicht im selben Ausmaß in der Preisentwicklung nieder. Die Preise stiegen in Österreich wesentlich stärker als die nominellen Lohnstückkosten. Ein großer Teil der Inflation entstand im Zeitraum seit dem EU-Beitritt 1995 also nicht aufgrund des Zuwachses der Löhne, sondern durch Gewinninflation. Trotzdem stieg die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gegenüber seinen Handelspartnern auch gemessen an den Verbraucherpreisen merklich. Diese Entwicklung hatte jedoch zur Folge, dass sich die Einkommensverteilung in erheblichem Maß zugunsten der Gewinne und zu Ungunsten der Löhne verschob. Korrigiert man den Anstieg der Nominallohne um die Preisentwicklung, dann ergibt sich ein Reallohnwachstum von etwa einem halben Prozent pro Jahr. In Summe sind die Reallöhne zwischen 1995 und 2007 nur um 5% gestiegen. Als Konsequenz ging die Lohnquote in diesem Zeitraum von etwa 70% auf 63% zurück.

Die Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit führte nicht nur zu einem enormen Anstieg der Exporte und einer deutlichen Verbesserung der Handelsbilanz, sondern auch zu einer entsprechenden Veränderung der sektoralen Zusammensetzung der österreichischen Wertschöpfung. Der Anteil stark exportorientierter Industrien im Bereich des verarbeitenden Gewerbes stieg zwischen 1995 und 2007 relativ zum EU-Durchschnitt merklich an. Das waren auch genau jene Bereiche, in denen die Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit am deutlichsten war (Ederer – Reschenhofer, 2014).

Die Herausbildung eines exportgetriebenen Wachstumsmusters in Österreich zeigt sich auch in den Finanzierungssalden der einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren (Abbildung 2.3). Die Salden der nichtfinanziellen und finanziellen Unternehmen verbesserten sich seit dem Beginn

der 2000er-Jahre merklich und wurden teilweise sogar positiv. Nichtfinanzielle Unternehmen sollten in der Theorie Nettoschuldner sein und die Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte aufnehmen. Finanzielle Unternehmen nehmen theoretisch nur eine Finanzierungsfunktion wahr und sollten daher einen ausgeglichenen Saldo aufweisen. In anderen Ländern wurde diese Entwicklung durch die zunehmende Verschuldung der privaten Haushalte ausgeglichen, die in immer geringeren (zum Teil negativen) Finanzierungssalden mündeten. In Österreich war das allerdings nicht zu beobachten. Hingegen wurde der Saldo des Auslands – das Spiegelbild der Leistungsbilanz – deutlich negativ; Österreich exportierte also mehr als es importierte. Zwar war die Handelsbilanz im Jahr 1995 noch negativ, verbesserte sich aber bis 2007 deutlich. Das Ausland trug somit wesentlich mehr zum Wachstum in Österreich bei als umgekehrt. Besonders deutlich stieg dabei der Überschuss mit den Nicht-EU-Ländern und mit der „alten“ EU 15, mit der Österreich 1995 noch ein Defizit hatte. Außer mit Deutschland, mit dem das Defizit in der Handelsbilanz fortbestand, wies Österreich 2007 mit allen Regionen einen Überschuss aus (Ederer – Reschenhofer, 2016). Der hohe Leistungsbilanzüberschuss ermöglichte den nichtfinanziellen und finanziellen Unternehmen mehr zu sparen und das überschüssige Kapital in Beteiligungen im Ausland, insbesondere in Ost- und Südosteuropa, anzulegen (Ederer – Stockhammer – Četković, 2015).

Abbildung 2.3: Finanzierungssalden



Q: Statistik Austria (Nichtfinanzielle Sektorkonten, VGR), WIFO-Berechnungen. – ¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und das starke Exportwachstum Österreichs wurde lange Zeit als Zeichen des Erfolgs angesehen. Die Auswirkungen des EU-Beitritts 1995 und der weiteren Integrationsschritte – die Schaffung der Währungsunion und der Beitritt der ost- und südosteuropäischen Länder – auf die österreichische Wirtschaft wurden daher auch in einer Vielzahl von Studien positiv bewertet (siehe z. B. Breuss, 2015). Die globale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 hinterließ jedoch im exportgetriebenen Wachstumsmodell

Österreichs deutliche Spuren. Der Außenhandel brach dramatisch ein und in der Folge gingen die Bruttoanlageinvestitionen markant zurück (Übersicht 2.1). Privater und öffentlicher Konsum hingegen stabilisierten die Nachfrage. Ab 2010 begann sich die Wirtschaft außerhalb der EU – insbesondere in den USA und den asiatischen Schwellenländern – jedoch wieder zu erholen. Dies führte auch zu einer deutlichen Zunahme der österreichischen Exporte und Importe, die bereits 2011 ihr Vorkrisenniveau überschritten. Seither expandierten sie jedoch merklich schwächer als noch vor der Krise. In den fünf Jahren nach Ausbruch der Krise trug der Außenhandel nur etwa gleich viel zum Wachstum bei wie der öffentliche Konsum. Darüber hinaus führten die trüben Aussichten der exportorientierten Industrie auch dazu, dass die Investitionsbereitschaft der Unternehmen verhalten blieb. Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm dementsprechend nur geringfügig zu.

Der Exporteinbruch während der Krise resultierte vor allem aus einem Rückgang der Ausfuhren in die europäischen Länder (ohne Deutschland). Darin spiegelte sich die schwere Krise in Südeuropa, die auch in den Folgejahren anhielt. Hingegen stützte die Nachfrage der Länder außerhalb der EU ab 2010 das österreichische Wachstum (Ederer – Reschenhofer, 2016). Die sinkende Nachfrage aus Südeuropa wurde also teilweise durch Exporte nach Asien und in andere Regionen außerhalb der EU ersetzt. Die anhaltende Schwäche der Exporte nach Ende des Erholungsprozesses deutet jedoch darauf hin, dass das exportgetriebene Wachstum an seine Grenzen stößt: Die fehlende Bereitschaft bzw. Möglichkeit anderer Länder, große Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren, führt dazu, dass die Wirtschaft auch in den exportgetriebenen Ländern nur schwach wächst. Während in einer einzelnen, kleinen und offenen Volkswirtschaft der Effekt einer Lohnzurückhaltung auf die gesamte Nachfrage (auf Kosten anderer Länder) positiv sein kann, ist er in einem größeren Wirtschaftsraum wie der Währungsunion insgesamt negativ (Stockhammer – Ederer, 2008, Stockhammer – Onaran – Ederer, 2009). In Verbindung mit der anhaltenden Schwäche der Inlandsnachfrage führte dies dazu, dass das Wirtschaftswachstum auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 schwach blieb (Übersicht 2.1).

2.2 Konsum und Sparen

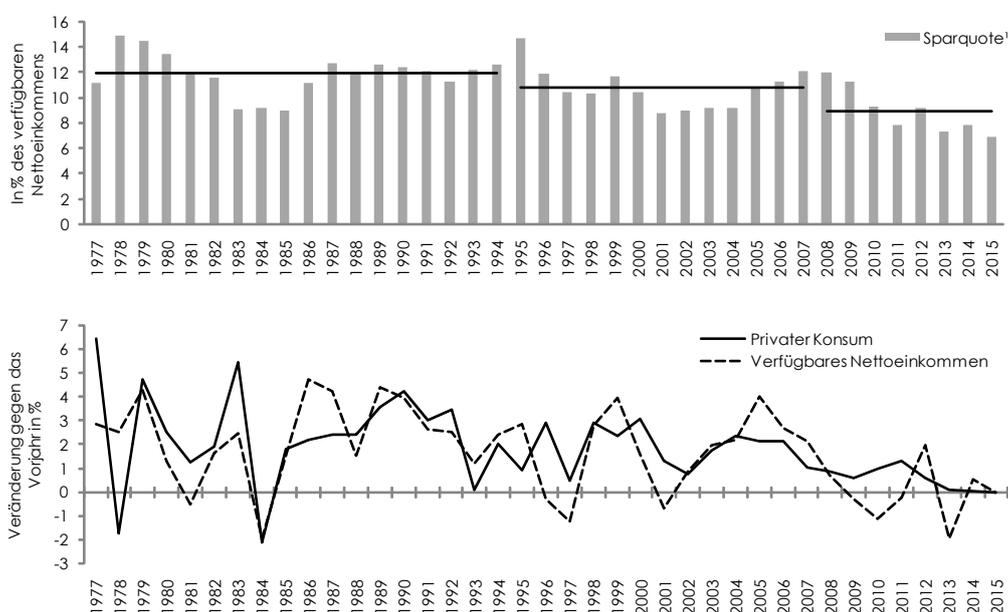
Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind mit einem Anteil von mehr als 50% am Bruttoinlandsprodukt die wichtigste Komponente der Inlandsnachfrage. Sie werden vor allem von der Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen bestimmt. Vergleicht man dieselben Zeiträume wie im vorangegangenen Abschnitt, so zeigt sich, dass der im Durchschnitt mäßige Anstieg des privaten Konsums ab Mitte der 1990er-Jahre (siehe Abschnitt 2.1) mit einer schwächeren Entwicklung der realen verfügbaren Nettoeinkommen der privaten Haushalte einherging (Abbildung 2.4). Die Verschiebung der Einkommensverteilung von Arbeit zu Kapital und das insgesamt schwächere Wirtschaftswachstum haben zu dieser Abflachung der Einkommensentwicklung maßgeblich beigetragen.

Von Beginn der 1980er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre stiegen die real verfügbaren Nettoeinkommen geringfügig stärker als der private Konsum. In dem darauf folgenden Zeitraum

drehte sich dieses Muster um. Die Ersparnisbildung – also die Differenz zwischen Einkommen und Konsumausgaben – war also in der ersten Periode höher. Dementsprechend war in diesem Zeitraum auch die Sparquote in Prozent der verfügbaren Nettoeinkommen größer. Der Rückgang der Einkommensdynamik wurde ab Mitte der 1990er-Jahre zu einem gewissen Teil durch die geringere Ersparnisbildung ausgeglichen. Ohne diesen Rückgang der Sparquote wäre das Wachstum des privaten Konsums noch geringer ausgefallen.

Dieser Trend der Einkommens- und Konsumentwicklung setzte sich auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 fort. Die Sparquote war in diesem Zeitraum wegen der schwachen Einkommenszuwächse im Durchschnitt noch niedriger als in den Jahren vor der Krise.

Abbildung 2.4: Reales Konsum- und Einkommenswachstum, Sparquote, 1977 bis 2015



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹ Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche.

Neben einer Veränderung der verfügbaren Nettoeinkommen insgesamt spielt auch die Verschiebung der Einkommen zwischen Gruppen – also die Einkommensverteilung – eine Rolle bei der Veränderung der Höhe und Struktur der privaten Konsumausgaben. Haushalte mit höheren verfügbaren Einkommen geben üblicherweise einen geringeren Teil davon für ihren Konsum aus. Die Sparquote – das Spiegelbild der Konsumquote – ist dadurch höher (siehe Kasten).

Die Entwicklung der verfügbaren Haushaltseinkommen nach unterschiedlichen Einkommensgruppen über die Zeit lässt sich insbesondere vor 2004 nur bedingt darstellen, da entspre-

chende Daten fehlen.³ Ab dem Jahr 2004 kann jedoch auf die Erhebungen EU-SILC zurückgegriffen werden (Übersicht 2.3).⁴ Hier zeigt sich, dass der Anteil der verfügbaren Haushaltseinkommen im unteren Einkommensterzil zwischen 2004 und 2013 geringfügig abgenommen hat. Insbesondere seit dem Ausbruch der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ist der Anteil merklich gesunken, während er in den Jahren des Konjunkturaufschwungs davor etwas gestiegen war. Deutlicher hat sich allerdings die Verteilung der Lohneinkommen verschoben: Hier ging der Anteil des unteren Einkommensterzils über den gesamten Zeitraum merklich zurück. Das liegt daran, dass die realen Lohneinkommen im unteren Terzil von 2004 bis 2013 sogar gesunken sind. Hingegen nahmen Pensionseinkommen und Transferleistungen in der unteren Einkommensgruppe deutlich zu. Die Verschiebung der Einkommensanteile von den unteren Einkommen hin zu den oberen wird auch durch die Entwicklung der Verteilungsmaße laut Konsumerhebung bestätigt: Insbesondere das P90/10-Verhältnis stieg von 1999/2000 bis 2009/2010 deutlich (Übersicht 2.6).

Die Veränderung der Einkommensverteilung beeinflusst nicht nur die gesamtwirtschaftliche Sparquote, sondern auch die Struktur der Konsumausgaben: Der Anteil der Ausgaben für Ernährung und Wohnen am Konsum ist im unteren Einkommensdrittel überdurchschnittlich hoch (Übersicht 2.6).

*Übersicht 2.3: Verteilung der äquivalenten nominellen Einkommen nach Terzilen
Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen*

	EU-SILC 2004			EU-SILC 2008			EU-SILC 2013		
	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil
	Anteile in %								
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹	17,7	30,0	52,4	18,3	29,8	51,9	17,2	30,2	52,6
Lohneinkommen	12,9	31,6	55,5	11,4	29,6	59,0	10,7	28,8	60,5
Pensionseinkommen	22,4	30,6	47,0	25,9	32,8	41,3	22,8	35,3	41,9
Transferleistungen	42,3	34,1	23,7	45,6	29,7	24,7	43,0	31,0	26,0
Selbständigeneinkommen	9,1	17,2	73,8	14,0	24,6	61,4	14,2	20,2	65,6
Vermögenseinkommen	13,6	15,6	70,7	6,2	15,9	78,0	9,9	17,9	72,2

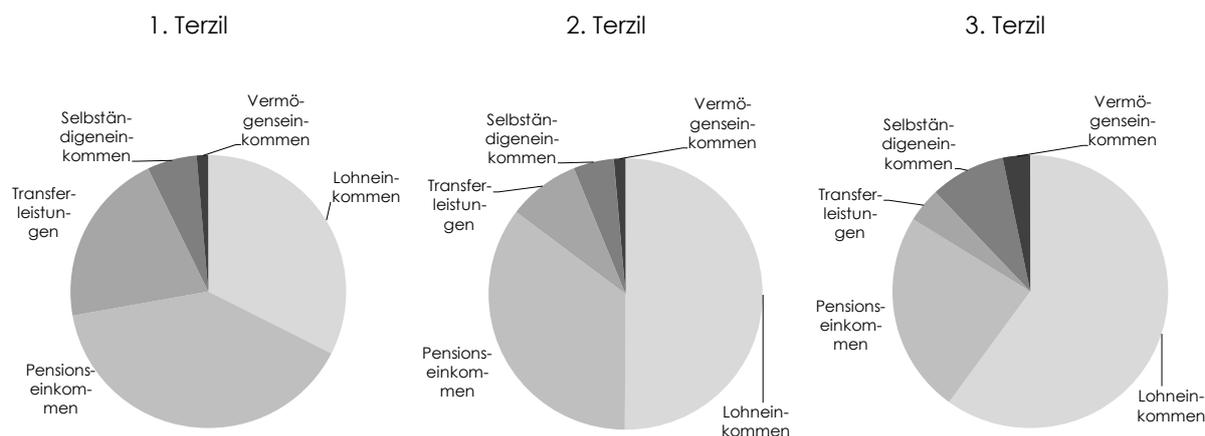
Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen. – ¹ Ohne imputierte Mieten.

³ So dürften die Einkommen in der Konsumerhebung neben definitorischer Unterschiede (z. B. werden die Einkommen nur von privaten Haushalten erfasst, jedoch nicht jene von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Anstaltshaushalten; letztere sind in den Daten laut VGR enthalten) in den Erhebungen 1999/2000 und 2004/2005 nicht so gut erfasst worden sein wie in der Konsumerhebung 2009/2010, worauf insbesondere die Abweichungen von der Entwicklung der verfügbaren Nettoeinkommen laut VGR hinweisen.

⁴ Die Auswertung und Darstellung der Ergebnisse der EU-SILC-Daten erfolgen anhand von äquivalenten Werten, wodurch für jeden Haushalt die Anzahl und Altersstruktur der Haushaltsmitglieder berücksichtigt wird. Die verwendete Äquivalenzskala schreibt dem ersten Haushaltsmitglied ein Gewicht von 1, jeder weiteren erwachsenen Person ein Gewicht von 0,5 und jedem Kind (unter 14 Jahren) ein Gewicht von 0,3 zu.

Abbildung 2.5: Zusammensetzung der äquivalenten nominellen Einkommen nach Terzilen, EU-SILC 2013

Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen



Q: Statistik Austria, EU-SILC 2013; WIFO-Berechnungen.

Übersicht 2.4: Entwicklung der äquivalenten realen Einkommen nach Terzilen

Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen

	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
Veränderung der Einkommen von EU-SILC 2013 gegenüber EU-SILC 2004 in %				
Verfügbares Haushaltseinkommen ¹	+ 13,5	+ 17,2	+ 17,0	+ 16,4
Lohneinkommen	- 1,6	+ 3,2	+ 14,8	+ 8,5
Pensionseinkommen	+ 7,6	+ 10,8	+ 1,3	+ 5,3
Transferleistungen	+ 4,9	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,9
Selbständigeneinkommen	+ 2,2	+ 0,6	- 1,9	- 0,4
Vermögenseinkommen	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,8	+ 1,3

Q: Statistik Austria, EU-SILC; WIFO-Berechnungen. Die Einkommen wurden mit dem Konsumdeflator preisbereinigt. –
¹ Ohne imputierte Mieten.

Übersicht 2.5: Struktur des Konsums der privaten Haushalte laut VGR in ausgewählten Jahren

	1995	2000	2005	2010	2015
	Anteile in %				
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,5	10,4	10,1	10,0	10,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren und Drogen	3,5	3,3	3,3	3,4	3,3
Bekleidung und Schuhe	7,0	6,4	5,8	5,8	5,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe ¹	19,6	20,1	21,5	22,0	23,6
Einrichtungsgegenstände	7,7	7,3	6,9	6,9	6,7
Gesundheitspflege	3,5	3,7	3,8	3,7	3,8
Verkehr	12,6	12,8	12,6	12,2	11,0
Nachrichtenübermittlung	2,0	2,8	2,8	2,1	1,8
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	9,4	9,7	9,2	9,7	9,3
Bildungswesen	0,7	0,7	0,8	0,7	0,8
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	7,0	7,3	7,5	8,5	9,3
Andere Waren und Dienstleistungen	10,6	10,5	10,9	10,6	10,5
Ausgaben der privaten Haushalte im Inland	95,0	95,1	95,3	95,6	95,8
Ausgaben der privaten Haushalte im Ausland	5,0	4,9	4,7	4,4	4,2
Konsumausgaben der privaten Haushalte ²	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Die Bezeichnung der Konsumgruppen entspricht jener der entsprechenden Publikation von Statistik Austria. – ¹ Einschließlich imputierter Mieten. – ² Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 2.6: Struktur des äquivalenten Konsums der privaten Haushalte nach Einkommensgruppen sowie Verteilungsmaße

Terzileinteilung nach äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen¹

	Konsumerhebung 1999/2000				Konsumerhebung 2009/10			
	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
	Anteile in %							
Ernährung, alkoholfreie Getränke	16,1	13,5	10,2	12,7	15,2	12,3	9,3	11,7
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	3,1	2,9	2,3	2,7	3,1	2,5	2,1	2,5
Bekleidung, Schuhe	6,0	6,4	6,8	6,5	5,3	5,5	6,1	5,7
Wohnen, Energie ¹	28,4	24,0	22,1	24,2	27,8	24,6	22,8	24,6
Wohnungsausstattung	6,6	6,9	7,3	7,0	6,3	6,8	7,0	6,8
Gesundheit	2,3	2,2	2,5	2,4	3,6	3,6	3,6	3,6
Verkehr	10,1	13,8	17,7	14,6	12,0	14,8	15,6	14,5
Kommunikation	3,2	3,1	2,2	2,7	2,0	1,9	1,4	1,7
Freizeit, Sport, Hobby	10,9	11,9	13,6	12,4	10,2	12,0	14,8	12,8
Bildung	0,3	0,2	0,2	0,2	0,9	0,8	0,8	0,8
Café, Restaurant	4,8	5,6	6,5	5,8	4,8	5,9	6,4	5,9
Sonstige Ausgaben	8,2	9,5	8,4	8,7	8,7	9,4	10,0	9,5
Konsumausgaben der privaten Haushalt ^{1 2}	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Perzentilverhältnis³ der äquivalenten Haushaltseinkommen

P90/P10	2,875	3,016
P75/P25	1,712	1,768

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 1999/2000, Konsumerhebung 2004/2005, Konsumerhebung 2009/10, WIFO-Berechnungen. Die Bezeichnung der Konsumgruppen entspricht jener der entsprechenden Publikation von Statistik Austria. – ¹ Einschließlich imputierter Mieten. – ² Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. – ³ P90/P10 ... Relation 90. Perzentil zum 10. Perzentil. P75/P25 ... Relation 75. Perzentil zu 25. Perzentil.

Kasten: Bestimmungsgrößen der Sparquote

Das Sparaufkommen (d. h. die Ersparnisbildung)¹ der privaten Haushalte schwankt wie die meisten ökonomischen Größen über den Zeitverlauf und hängt auf Haushaltsebene sowie aus volkswirtschaftlicher Sicht von einer Vielzahl von Einflussfaktoren ab. Eine der wichtigsten Determinanten für die Sparentscheidung der Konsumenten stellt das verfügbare Nettoeinkommen dar. Die Sparquote als Verhältnis zwischen verfügbarem Nettoeinkommen und Sparen zeigt an, ob die privaten Haushalte relativ viel von ihrem Einkommen (niedrige Sparquote) oder relativ wenig (hohe Sparquote) für den Konsum verwenden. Die Sparquote gibt somit Auskunft, wie viel (relativ betrachtet) vom verfügbaren Nettoeinkommen für andere Zwecke als den Konsum verbleibt. Da sich das Konsumverhalten mit der Höhe des Einkommens ändert (d. h. niedrige EinkommensbezieherInnen „verkonsumieren“ tendenziell mehr), spiegelt sich dieser Unterschied auch in der Verteilung der Sparquote über die einzelnen Einkommensgruppen – in entgegengesetzter Richtung – wider.

Die Sparquote der privaten Haushalte in Österreich ist in den letzten 20 Jahren sukzessive gesunken (Abbildung 2.4). Eine Ausnahme bilden die Jahre vor der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 sowie die Jahre 1999 und 2012, Perioden, die durch überdurchschnittlich hohe Einkommenszuwächse geprägt waren (Abbildung 2.4). Im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 2015 liegt die Sparquote bei rund 10%, in den letzten Jahren des Untersuchungszeitraumes ist diese auf unter 8% gefallen und erreichte im Jahr 2015 mit 6,9% einen historisch niedrigen Stand.² Im Jahr 1995 war die Sparquote mit rund 14½% noch etwa doppelt so hoch. Ein Rückgang der Sparquote über die Zeit ist nicht nur in Österreich zu verzeichnen, auch z. B. in Deutschland oder in der EU bzw. dem Euro-Raum ist im Großen und Ganzen eine fallende Tendenz zu finden, wenngleich in unterschiedlicher Ausprägung (sowohl in Höhe als auch zeitlicher Dimension).

Bei der Sparentscheidung der privaten Haushalte stehen hauptsächlich persönliche Bedürfnisse und Ziele sowie die finanzielle Einkommenssituation im Vordergrund. Das Sparen stellt hier eine Form der aktiven Zukunftsplanung dar, die Sparmotive sind vielschichtig. Haushalte sparen unter anderem, um in Phasen, in denen die notwendigen Ausgaben die laufenden Einnahmen übersteigen, auf Ersparnis zurückgreifen zu können (z. B. nach Arbeitsplatzverlust oder im Ruhestand) oder um größere Anschaffungen (wie etwa Auto oder Immobilien) zu einem späteren Zeitpunkt (teil)finanzieren zu können. Haushalte können jedoch nur dann sparen, wenn das verfügbare Nettoeinkommen die Ausgaben für das jeweilig gewünschte bzw. notwendige Konsumniveau übersteigt. Einkommensschwache Haushalte müssen erfahrungsgemäß einen größeren Teil ihres verfügbaren Einkommens für die Deckung der notwendigen Bedürfnisse wie etwa Wohnen, Essen, Bekleidung und Trinken aufwenden. Die Sparquote ist, wie Auswertungen der Konsumerhebungsdaten zeigen, im unteren Bereich der Einkommensverteilung negativ, d. h. es wird (kurzfristig) mehr konsumiert als an Einkommen verfügbar ist (siehe Kapitel 3.2).³ Die Haushaltssparquote steigt bei den mittleren EinkommensbezieherInnen ins Positive (auf rund 2%) und liegt im oberen Einkommensdrittel bei knapp 18%. Im Durchschnitt beträgt die Sparquote auf Basis der Konsumerhebung 2009/10 rund 7,3%. Ein langfristiges „Überkonsumieren“ (d. h. „Entsparen“) einzelner Haushalte lässt sich nicht aufrechterhalten, da diese einerseits einer gewissen Kreditbeschränkung unterliegen und andererseits die Sparrücklagen vor allem in der untersten Einkommensgruppe gering sind. Die negative Sparquote laut Konsumerhebungsdaten im unteren Einkommensbereich könnte auch etwas überzeichnet sein. Gründe dafür könnten in einer Untererfassung der Einkommen liegen, da Haushalte bei der Angabe der Einkommen oftmals innerfamiliäre (Geld)Transfers nicht berücksichtigen oder beispielsweise im Falle von PensionistInnenhaushalten Abfertigungszahlungen nicht angegeben werden, von denen ein Teil des laufenden

Konsums gedeckt wird. Erfahrungsgemäß sind auch die Einkommen am oberen Rand der Verteilung untererfasst, dies drückt die Sparquote insgesamt etwas nach unten.

Die Spartätigkeit der privaten Haushalte ist gesamtwirtschaftlich gesehen das Spiegelbild einer Verschuldung der anderen volkswirtschaftlichen Sektoren. Insbesondere nichtfinanzielle Unternehmen sollten tendenziell einen negativen Finanzierungssaldo ausweisen und diese Mittel für produktive Investitionen und somit für die Erneuerung des Kapitalstocks verwenden. Eine Lücke zwischen „heimischen“ Ersparnissen und dem Finanzierungsbedarf einer Volkswirtschaft kann durch Kapitalströme aus dem Ausland geschlossen werden. Österreich verzeichnet seit Beginn der 2000er-Jahre einen Leistungsbilanzüberschuss, exportiert also mehr Kapital ins Ausland als es importiert. Dies ist ein Zeichen einer schwachen Investitionstätigkeit im Unternehmenssektor (siehe Kapitel 2.1). Das Ersparte der privaten Haushalte kann in der volkswirtschaftlichen Betrachtung für die Geldvermögensbildung etwa in Form von Finanzanlagen (Bankeinlagen, Wertpapiere, Lebensversicherungen usw.) verwendet oder zur Sachvermögensbildung (z. B. Investitionen in Immobilien) herangezogen werden.

In der (ökonomischen) Theorie lassen sich unterschiedliche Determinanten für das private Sparen finden. *Dirschmid – Glatzer (2004)* zum Beispiel untersuchen für Österreich unterschiedliche Einflussfaktoren der Sparquote und führen unter anderem folgende Bestimmungsfaktoren an: Einkommenswachstum (↑), steigende Vermögenspreise (↓), öffentliche Verschuldung (↓), demographische Entwicklung („Alterungsprozess“) (↓), Realzinsen (↓), Inflation (↑), Liquiditätsbeschränkungen (↑), Produktivitätswachstum (↑), hohe staatliche Transfers (Sozialausgaben) (↑), hohe indirekte Steuern (↑), hohe direkte Steuern (↓), positive Erwartungen hinsichtlich finanzieller Situation der Haushalte (↓).⁴ *Belke – Dreger – Ochmann (2012)* untersuchen neben dem Einkommen (↑) und unterschiedlichen Vermögensarten [Immobilien (↓), Aktien (↓), sonstige Vermögensanlagen (↑)] auch im Detail die Auswirkungen der Demographie (↑) auf die Sparquote. In *Hüfner – Koske (2010)* finden sich auch noch die Einkommensunsicherheit (Arbeitslosigkeit) (↓), starkes öffentliches Pensionssystem (↓), Reformen im Pensionssystem (↑) und staatliche Förderungen bei Pensionsvorsorgeprodukten (↑) als Bestimmungsgrößen angeführt. Jeder der angeführten Determinanten wirkt auf die Sparscheidung der privaten Haushalte ein, dies jedoch nicht isoliert, sondern simultan. In einem bestimmten Ausmaß ist die Sparquote immer endogen und ergibt sich aus dem Zuwachs der verfügbaren Nettoeinkommen. Steigt dies stärker als die (geplanten) Konsumausgaben der privaten Haushalte, so steigt auch die Ersparnisbildung. Eine Ausweitung der Einkommen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen verändert somit auch die Sparquote (siehe Kapitel 3.3).

¹ In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) wird die (aggregierte) Ersparnis der privaten Haushalte errechnet, indem die Konsumausgaben von den verfügbaren Nettoeinkommen abgezogen werden und die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche hinzugerechnet wird. Zumeist wird das Sparen netto ausgewiesen, d. h. nach Abzug der Abschreibungen (nutzungsbedingte Wertminderungen). Private Haushalte umfassen laut VGR ebenfalls private Organisationen ohne Erwerbszweck (wie etwa Hilfsorganisationen).

² Werte für das Jahr 2015 entstammen der WIFO Konjunkturprognose Juni 2016.

³ Als Einkommen wird hier das verfügbare Haushaltseinkommen einschließlich imputierter Mieten herangezogen. Eine Auswertung nach Äquivalenzeinkommen (d. h. um die Haushaltsgröße bereinigt) liefert selbiges Bild einer ansteigenden Sparneigung mit zunehmendem Einkommen, und die Sparneigung fällt im unteren Bereich ebenfalls negativ aus.

⁴ Ein ↑ in Klammer bedeutet, dass sich die Sparquote erhöhen sollte. Ein ↓ deutet ein Sinken der Sparquote an.

2.3 Öffentliche Investitionen

Neben den Konsumausgaben der privaten und öffentlichen Haushalte bilden die Bruttoanlageinvestitionen die zweite Komponente der Inlandsnachfrage. Der überwiegende Teil der Investitionen einer Volkswirtschaft wird allerdings im privaten Sektor getätigt, der Anteil des Staates beträgt nur knapp 15%.⁵ Die privaten Investitionen sind also mehr als sechsmal so hoch wie jene des öffentlichen Sektors. Dennoch spielen öffentliche Investitionen eine wichtige Rolle. Während die Investitionen des privaten Sektors stark von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Erwartungen über die Zukunft und den regulatorischen Rahmenbedingungen abhängen⁶ und daher von der Wirtschaftspolitik nur indirekt beeinflussbar sind, werden öffentliche Investitionen unmittelbar vom Staat getätigt und können zielgerichtet so eingesetzt werden, dass die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gestärkt wird. Öffentliche Investitionen haben allerdings nicht nur eine direkte Wirkung auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern beeinflussen auch wesentlich den zukünftigen Wohlstand. Öffentliche Infrastruktur wie beispielsweise Verkehrs- und Energienetze oder öffentlich geschaffener Wohnraum sind insbesondere in Ballungszentren eine wichtige Voraussetzung für Wohlstand und Beschäftigung. Darüber hinaus sind effiziente und leistungsfähige Verwaltungs-, Sozial- und Bildungssysteme auf das Vorhandensein einer entsprechenden baulichen Infrastruktur angewiesen.

Der Anteil der Bruttoinvestitionen des Staates am Bruttoinlandsprodukt schwankte in den vergangenen 20 Jahren zwischen 2,5% und 4%. Vor allem in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre war ein merklicher Rückgang des Anteils zu beobachten, der allerdings zu einem guten Teil den Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor⁷ geschuldet war, sodass die Investitionen dieser Einheiten fortan dem privaten Sektor zugerechnet wurden. Ebenfalls markant ist der deutliche Anstieg des Anteils der staatlichen Investitionen während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09. Hier schlugen sich die Maßnahmen der Konjunkturpakete zur Stützung der Nachfrage nieder.⁸ Seit 2011 liegt der Anteil der öffentlichen Bruttoinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt mehr oder weniger konstant bei 3% (Abbildung 2.6).

Die Bruttoinvestitionen des Staates sind unmittelbar nachfragewirksam und stellen daher für diese Studie den maßgeblichen Bezugspunkt dar. Will man allerdings die Angemessenheit der Höhe der öffentlichen Investitionen beurteilen, so bieten die Nettoinvestitionen einen besseren Orientierungspunkt. Zur Berechnung letzterer werden von den Bruttoinvestitionen die Abschreibungen des Sektors Staat, die den Werteverzehr des öffentlichen Kapitalstocks

⁵ Ein Teil der öffentlichen Investitionen wird laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung dem privaten Sektor zugerechnet. Dabei handelt es sich um die Investitionen der aus dem Staatssektor ausgegliederten Betriebe wie z. B. ASFINAG.

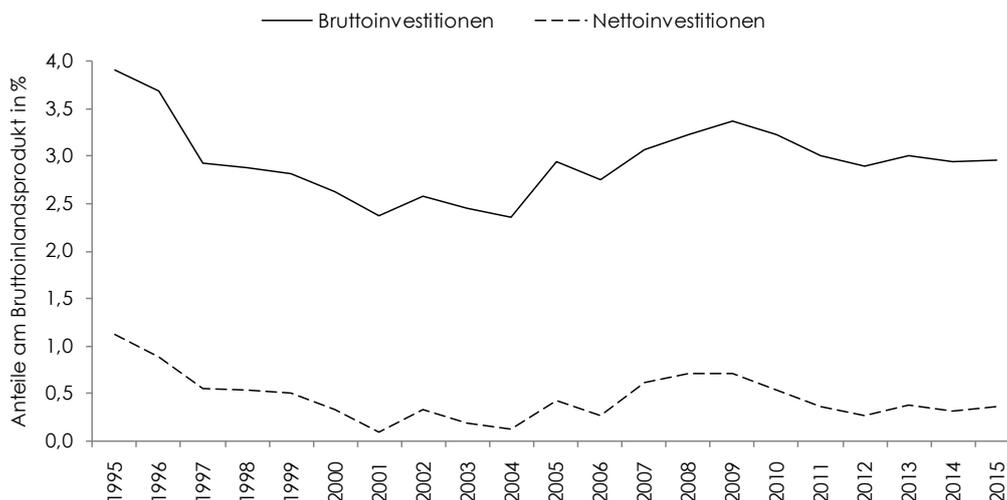
⁶ Für eine Untersuchung der Determinanten von privaten Investitionsentscheidungen siehe *Falk* (2016).

⁷ 1997 fanden im Bereich der kommunalen Versorgung und im kommunalen Wohnbau große Ausgliederungen statt. 2005 wurden große Teile der ÖBB (Personenverkehr, Infrastruktur) wieder in den Sektor Staat eingegliedert.

⁸ Der starke Rückgang des Bruttoinlandsprodukts 2008/09 spielte hier ebenfalls eine Rolle, wodurch der Anteil der öffentlichen Investitionen ebenfalls zunahm.

widerspiegeln, abgezogen. Negative Nettoinvestitionen, insbesondere über mehrere Jahre hinweg, würden bedeuten, dass der öffentliche Kapitalstock schrumpft.

Abbildung 2.6: Bruttoinvestitionen des Staates gemessen am Bruttoinlandsprodukt, 1995 bis 2015



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

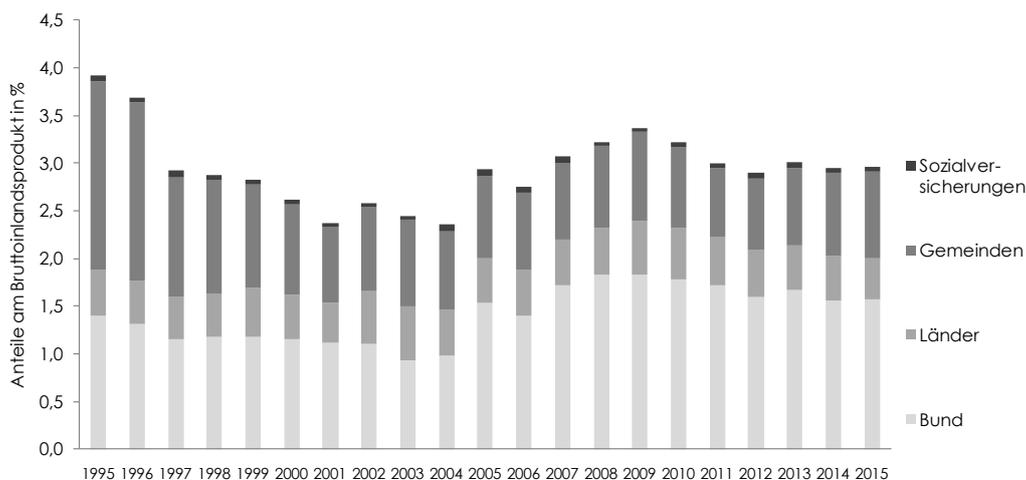
Mit Ausnahme der Jahre 2007 bis 2010, in denen konjunkturstützende Maßnahmen ergriffen wurden (siehe Abbildung 2.6), lagen die Nettoinvestitionen des österreichischen Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der 2000er-Jahre nie über einem halben Prozent. Seit 2011 schwankt dieser Wert mehr oder minder konstant um 0,3%. Auch wenn der öffentliche Kapitalstock dadurch weiter wächst, erscheint dieser Wert angesichts einer weiter steigenden (und alternden) Bevölkerung langfristig eher gering.

Differenziert man nach den Gebietskörperschaften, so zeigt sich, dass etwa die Hälfte der Bruttoinvestitionen des Staates durch den Bund getätigt wird (Abbildung 2.7). Der Anteil der Länder beträgt etwa ein Sechstel, jener der Gemeinden ein Drittel. Die Investitionen der Sozialversicherungen sind verschwindend gering. Während der Anteil der Bruttoinvestitionen der Länder und der Gemeinden am Bruttoinlandsprodukt seit Beginn der 2000er-Jahre weitgehend konstant ist, schwankt jener des Bundes deutlich stärker. Abzüglich der Abschreibungen beträgt der Anteil des Bundes an den Investitionen im Durchschnitt mehr als zwei Drittel. Die Nettoinvestitionen der Länder und Gemeinden schwanken stark und sind in manchen Jahren sogar negativ (Abbildung 2.8). Insbesondere auf diesen Ebenen hat es also den Anschein, dass der öffentliche Kapitalstock kaum mehr ausgeweitet wird.

Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates können in Bauinvestitionen sowie Investitionen in Ausrüstungen und geistiges Eigentum unterschieden werden (Abbildung 2.9). Etwa die Hälfte der staatlichen Bruttoanlageinvestitionen fällt auf Wohnbauten und Nichtwohnbauten. Ein Viertel sind Investitionen in Forschung und Entwicklung, der Rest verteilt sich auf Maschinen

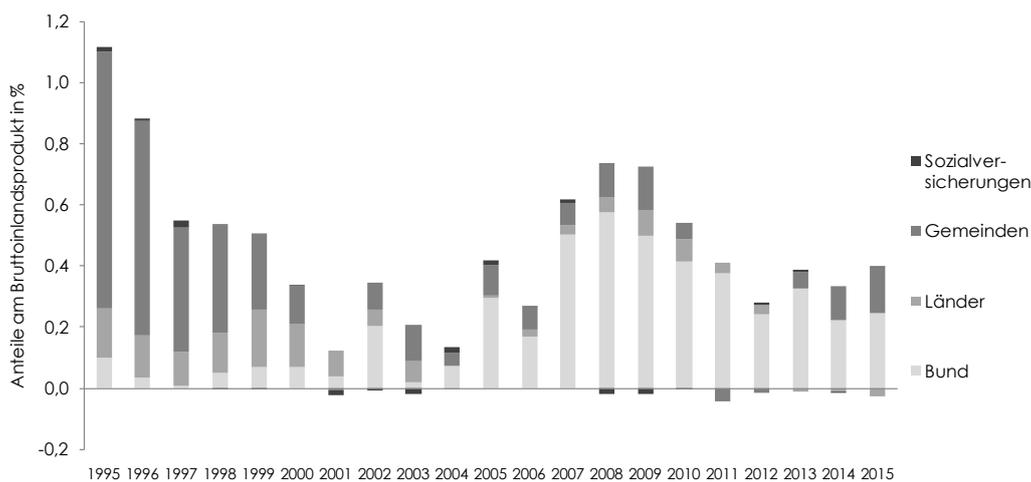
und Geräte, Fahrzeuge sowie Software und Datenbanken. Während der Anteil der Ausrüstungs- und sonstigen Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt über die Zeit relativ stabil bleibt, schwankt jener der Bauinvestitionen merklich. Insbesondere in den Jahren nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 zeigen sich die konjunkturstützenden Maßnahmen in einem deutlichen Anstieg der öffentlichen Bauinvestitionen. Seit 2011 sind allerdings alle Investitionskategorien in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stabil.

Abbildung 2.7: Bruttoinvestitionen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger, 1995 bis 2015



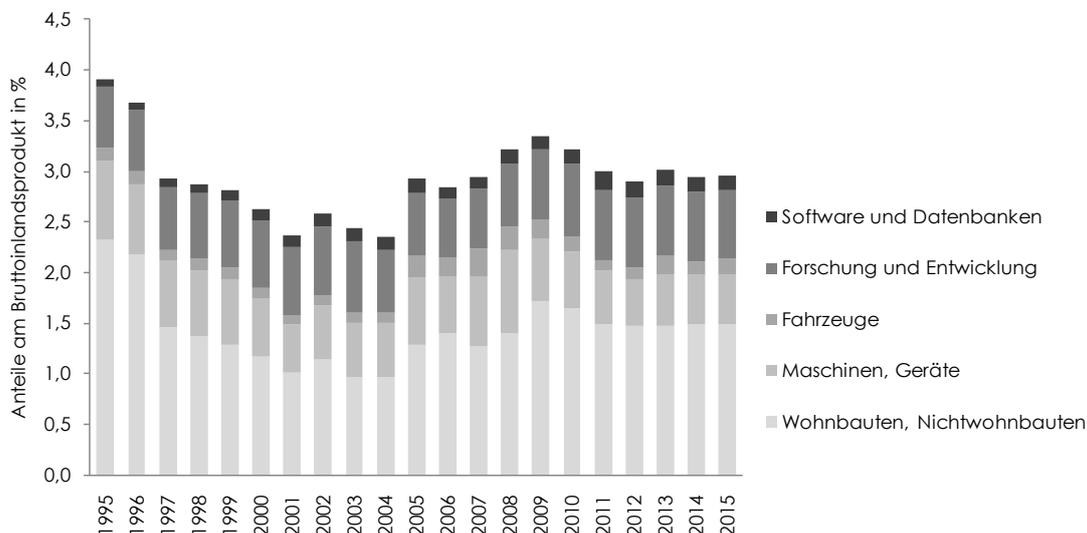
Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2.8: Nettoinvestitionen der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungsträger, 1995 bis 2015



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Abbildung 2.9: Bruttoanlageinvestitionen des Staates nach Vermögensgütern, 1995 bis 2015

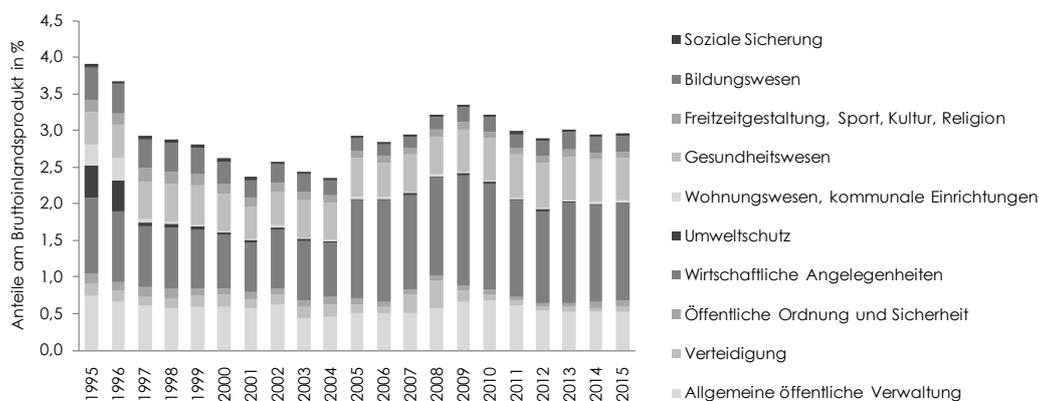


Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

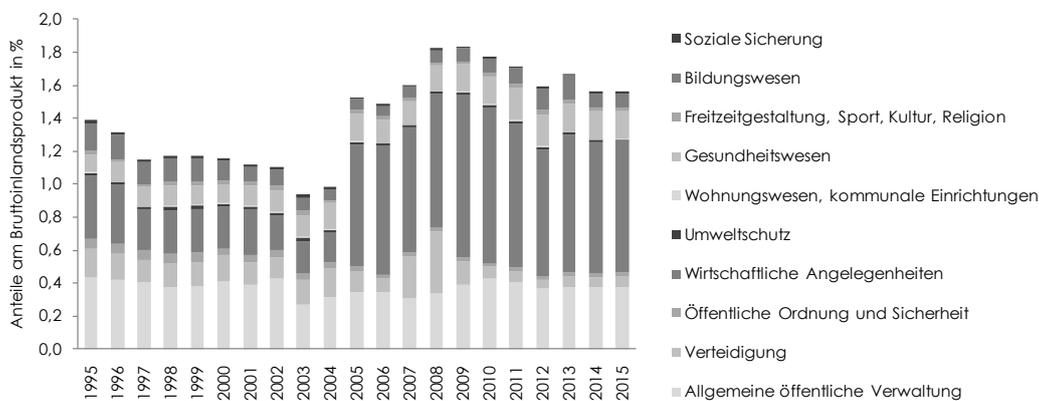
Bei der funktionalen Unterteilung der öffentlichen Investitionen zeigt sich, dass ein Großteil der staatlichen Investitionsausgaben für die Bereiche Allgemeine öffentliche Verwaltung, Wirtschaftliche Angelegenheiten, Gesundheitswesen sowie Bildungswesen anfällt. Wohnungswesen und Umweltschutz spielen aufgrund der Ausgliederungen im Bereich der kommunalen Versorgung und des kommunalen Wohnbaus ab 1997 nur mehr eine verschwindend geringe Rolle. Auch Investitionen in Verteidigung, öffentliche Sicherheit und Ordnung sowie Freizeitgestaltung, Sport, Kultur und Religion nehmen nur einen geringen Anteil an den gesamten Investitionen ein. Auf der Ebene der anderen Gebietskörperschaften fällt insbesondere auf, dass der Anteil für Investitionen in das Gesundheitswesen auf Länderebene besonders hoch ist. Dies liegt daran, dass die Spitäler in der Kompetenz der Bundesländer liegen. Mit Ausnahme eines sprunghaften Anstiegs der Investitionen im Bereich Wirtschaftliche Angelegenheiten im Jahr 2005 durch die Eingliederung der ÖBB und eines temporären Anstiegs der Ausgaben für Verteidigung 2008 sind die beobachteten Muster weitgehend stabil. Auffällig sind allerdings ein kontinuierlicher Anstieg der Gesundheitsinvestitionen der Gemeinden sowie ein tendenzieller Rückgang der Investitionen im Bereich Allgemeine öffentliche Verwaltung auf Länder- und Gemeindeebene.

Abbildung 2.10: Bruttoanlageinvestitionen nach Funktionskategorien und Gebietskörperschaften, 1995 bis 2015

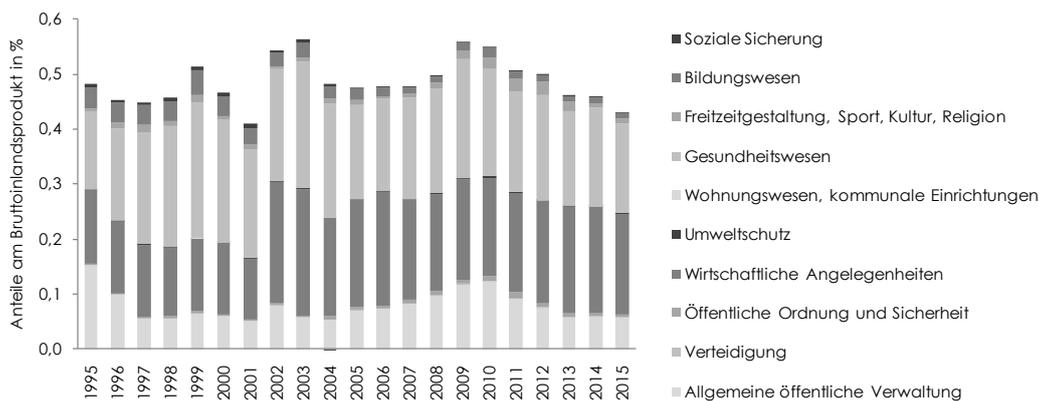
Staat



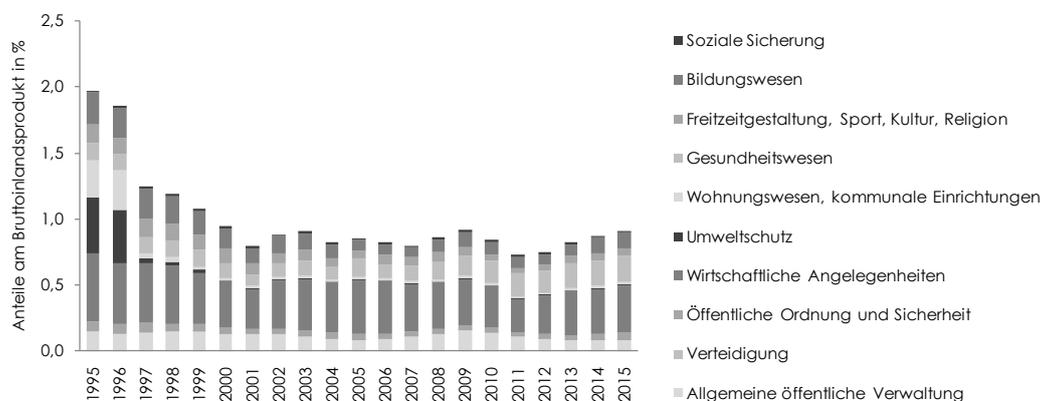
Bund



Länder



Gemeinden



Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

3 Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage

3.1 Einleitung

Auf Basis der Überlegungen und der deskriptiven Analyse aus dem vorigen Kapitel wird im Folgenden eine Reihe modellbasierter Simulationen durchgeführt, mittels derer verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der Inlandsnachfrage untersucht werden. Da die privaten Konsumausgaben die größte Nachfragekomponente sind (siehe Kapitel 2.2), konzentrieren sich die Berechnungen auf unterschiedliche Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage.⁹ Dabei wird untersucht, welche Effekte die Veränderung der verfügbaren Nettoeinkommen und ihrer Verteilung auf den privaten Konsum und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Mit Hilfe eines mikroökonomischen und zweier makroökonomischer Modelle werden Verteilungs-, Einkommens-, Nachfrage- und Wertschöpfungseffekte der jeweiligen Maßnahmen berechnet.

Um die Wirkungen einer Entlastung der verfügbaren Nettoeinkommen zu untersuchen, wird bei den folgenden Simulationen zweistufig vorgegangen. Im ersten Schritt wird mit Hilfe des WIFO-Mikrosimulationsmodells die Auswirkung unterschiedlicher Maßnahmen auf die verfügbaren Nettoeinkommen in den verschiedenen Einkommensgruppen berechnet. Das Modell erlaubt dabei die Simulation von Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem sowie von Veränderungen der sozialen Transferleistungen. In einem zweiten Schritt werden die Ergebnisse der Mikrosimulationen in das WIFO-Macromod und das WIFO-Modell ADAGIO implementiert und so die makroökonomischen Effekte berechnet.

⁹ Für eine Darstellung von Wertschöpfungs- und Beschäftigungsmultiplikatoren privater und öffentlicher Investitionen sowie öffentlicher Konsumausgaben in unterschiedlichen Kategorien siehe *Horvath et al. (2016)*. In dieser Studie werden Effekte von materiellen (Wohnbau, sonstige Bauten, Ausrüstungen, Fahrzeuge) und immateriellen (Software, F&E) Investitionen als auch jene von Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik untersucht.

In den makroökonomischen Modellen wird den unterschiedlichen Konsumneigungen der verschiedenen Einkommensgruppen Rechnung getragen, indem der Modellblock „Einkommen“ nach Quantilen (Terzile bzw. Quintile) aufgespalten wird, und für jedes Quantil eine eigene Gleichung für das verfügbare Nettoeinkommen und eine Konsumfunktion berechnet wird (siehe Kapitel 3.2). Da die Konsumneigung der unteren Einkommensgruppe der privaten Haushalte am höchsten ist, wird dem Effekt der unterschiedlichen Entlastungsmaßnahmen auf diese Einkommensgruppe besondere Beachtung geschenkt. Wie Kapitel 3.3 zeigt, sind insbesondere Maßnahmen im Steuer- und Abgabensystem nur bedingt geeignet, die unteren Einkommen zu stärken. Eine Änderung der sozialen Transferleistungen, deren Höhe sich nicht an der Höhe der Individualeinkommen, sondern direkt an jener der Haushaltseinkommen bemisst, ist hingegen in der Lage, ausschließlich die Einkommen der untersten Einkommensgruppe zu erhöhen.

Die hier untersuchten Maßnahmen sollen den grundsätzlichen Spielraum, die Haushaltseinkommen anzuheben, darstellen, und sind nicht unmittelbar als Politikempfehlungen zu interpretieren. Dazu wäre eine tiefere Diskussion dieser Maßnahmen – einschließlich möglicher Anzeizeffekte, Fairnessüberlegungen und der institutionellen Ausgestaltung – notwendig, die in dieser Studie nicht geleistet wird. Ziel ist vielmehr die prinzipielle Darstellung unterschiedlicher Maßnahmen zur Stärkung der Konsumnachfrage und ihrer Auswirkungen.

3.2 Verwendete Simulationsmodelle

3.2.1 WIFO-Mikrosimulationsmodell

Die Simulation der Verteilungseffekte erfolgt mit dem WIFO-Mikrosimulationsmodell, das auf den Daten von EU-SILC (European Union Statistics on Income and Living Conditions) basiert. Der Datensatz umfasst neben Informationen über die Zusammensetzung des Haushalts auch soziodemographische Merkmale und Daten zu Beschäftigungssituation, Erwerbseinkommen, sonstigen Einkommensquellen und bezahlten Arbeitszeiten der einzelnen Haushaltsmitglieder (*Statistik Austria*, 2013). Für die Analyse wird die EU-SILC-Welle aus dem Jahr 2013 verwendet, die die Einkommen im Jahr 2012 erfasst.¹⁰ Der Datensatz umfasst für Österreich 13.250 Personen aller Altersklassen. Hochgerechnet entspricht dies 8,37 Mio. Personen und 3,7 Mio. Haushalten.¹¹ Um eine Datenbasis für das Jahr 2016 zu schaffen, werden die Einkommen anhand der realisierten und prognostizierten Entwicklung des Verbraucherpreisindex (VPI) für die Jahre 2013 bis 2016 an die Inflation angepasst.¹² Diese Hochrechnung basiert auf der impliziten Annahme, dass die Strukturen hinsichtlich Demographie, Erwerbsbeteiligung und Einkommen im Jahr 2016 jenen aus dem Jahr 2012 entsprechen. Bei den Simulationen wird vom Status-quo der gesetzlichen Regelungen im österreichischen Steuer-, Sozialversicherungs- und

¹⁰ Die Lohn- und ein Großteil der Transfereinkommen werden aus Verwaltungsdaten erhoben. Jene Leistungen, die dadurch nicht feststellbar sind, werden durch Befragung erhoben.

¹¹ Die Hochrechnung erfolgt anhand von Haushaltsgewichten aus EU-SILC.

¹² Dabei wird die Inflationsrate der WIFO-Prognose von Dezember 2015 (*Ederer*, 2015) unterstellt.

Transfersystem im Jahr 2016 ausgegangen und die Reformszenarien für dieses Jahr implementiert.¹³

Auf Personenebene werden Einkommen aus unselbständiger und selbständiger Erwerbsarbeit, Pensionseinkommen sowie die monetären staatlichen Transfers erfasst. Das Einkommen aus selbständiger Tätigkeit umfasst laut EU-SILC Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, Handels- und Gewerbebetrieb, freiberuflicher Tätigkeit, Werkvertrag, freiem Dienstvertrag und sonstige selbständige Einkommen. Die Haushaltseinkommen ergeben sich aus der Summe der Erwerbseinkommen, Vermögenseinkommen (Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung sowie aus Zinsen und Dividenden), Pensionsbezüge und monetären Sozialleistungen abzüglich Lohn- und Einkommensteuern, Kapitalertragsteuern und arbeitnehmerseitiger Sozialversicherungsbeiträge und zuzüglich der Unterhaltsleistungen und sonstiger Privattransfers zwischen Haushalten (*Statistik Austria*, 2015).

Das WIFO-Mikrosimulationsmodell umfasst die wichtigsten Bestandteile des österreichischen Steuer-, Sozialversicherungs- und Transfersystems.¹⁴ Neben den Sozialabgaben für unterschiedliche Berufsgruppen werden für jede Person im Datensatz die Lohn- und Einkommensteuerschuld unter Berücksichtigung der Steuerabsetzbeträge und Steuerfreibeträge simuliert und die monetären Sozialleistungen berücksichtigt. Das verfügbare Nettoeinkommen der einzelnen Personen wird somit für jede Beobachtung in der Stichprobe unter Berücksichtigung des individuellen Haushaltskontextes (PartnerInneneinkommen, Zahl und Alter der Kinder usw.) berechnet. Schließlich werden die Ergebnisse mit den Haushaltsgewichten multipliziert und damit auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet. Mögliche Effekte auf das Arbeitsangebot durch die Änderungen im Steuer- und Abgabensystem werden in den vorliegenden Simulationen nicht berücksichtigt. Bisherige Anwendungen umfassen u. a. die Analyse der Auswirkungen einer Senkung der Abgabenbelastung geringer Erwerbseinkommen (*Mayrhuber – Rocha-Akis – Zulehner*, 2014), die Untersuchung der Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16 (*Rocha-Akis*, 2015) sowie die Untersuchung der Progressions- und Umverteilungswirkung des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems im Zeitraum 2007 bis 2016 (*Rocha-Akis – Steiner – Zulehner*, 2016).

Im Folgenden werden die Verteilungseffekte der unterschiedlichen Maßnahmen auf der Haushaltsebene berechnet. Dies hat den Grund, dass die Spar- und Konsumneigungen nicht nur vom individuellen Einkommen, sondern vor allem von der Haushaltssituation, insbesondere vom gesamten Einkommen des Haushalts und der Zahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder abhängen. Da in einem Haushalt Güter und Dienstleistungen auch bei steigender Mitgliederzahl bis zu einem gewissen Maß gemeinsam genutzt werden können und größere Haushalte so von Skaleneffekten profitieren, werden Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar gemacht, indem das Haushaltseinkommen durch einen Faktor dividiert wird, der von der Haushaltsstruktur abhängt. Das so berechnete Haushaltseinkommen wird als

¹³ Die Änderungen durch die Steuerreform 2015/16 sind also bereits berücksichtigt.

¹⁴ Zur Struktur des WIFO-Mikrosimulationsmodells siehe *Grünberger* (2009) und *Rabethge* (2009). Das Modell wird laufend erweitert.

„äquivalent“ bezeichnet.¹⁵ Um die Verteilungseffekte der Maßnahmen auf Haushaltsbasis zu berechnen, werden alle Haushalte nach der Höhe ihres verfügbaren äquivalenten Einkommens gereiht und in Quantile¹⁶ unterteilt.

3.2.2 WIFO-Macromod

3.2.2.1 Struktur des Modells

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte der untersuchten Maßnahmen werden mit Hilfe des makroökonomischen WIFO-Modells Macromod (Baumgartner – Breuss – Kaniovski, 2005) geschätzt. Das WIFO-Macromod bildet auf jährlicher Basis die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge der österreichischen Wirtschaft ab und wird zur Erstellung der mittelfristigen WIFO-Prognose und für die Schätzung der makroökonomischen Wirkungen von wirtschaftspolitischen Maßnahmen verwendet. Bisher wurden beispielsweise die Effekte der Fiskalpolitik der Jahre 2000 bis 2002 (Breuss – Kaniovski – Lehner, 2004), der Steuerreform 2004/05 (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2004), der Stabilisierungsmaßnahmen zur Abfederung der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 (Breuss – Kaniovski – Schratzenstaller, 2009) und die Auswirkungen der Steuerreform 2015/16 (Baumgartner – Kaniovski, 2015) geschätzt.

Das WIFO-Macromod bildet die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ab und lässt kurz- bis mittelfristige Ungleichgewichte auf dem Arbeits- und dem Gütermarkt zu. Ergänzt wird es durch angebotsseitige Elemente zur Bestimmung des Trend-Outputs und der Outputlücke, die nach dem Produktionsfunktionsansatz gemäß der von der Europäischen Kommission vorgegebenen Methode ermittelt werden. Um die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen etwa steuerpolitischer Maßnahmen im Zeitablauf dynamisch zu untersuchen, werden im Modell die wichtigsten Beziehungen zwischen dem Inlandsmarkt, der Außenwirtschaft, dem öffentlichen Sektor, dem Arbeitsmarkt und dem Preis-Lohn-System abgebildet. Der Güter- und der Arbeitsmarkt sind mit dem Sektor Staat über Staatsausgaben und Steuern verknüpft. Die Datenbasis und der Beobachtungszeitraum werden vom ESVG 2010 vorgegeben. Dieser Datenbestand reicht von 1995 bis 2014. Das Modell besteht in seiner Grundform aus 54 Verhaltens- und 124 Definitionsgleichungen sowie 50 exogenen Variablen, die die Dynamik des Modells bestimmen. Für eine kleine, sehr offene Volkswirtschaft wie Österreich besteht dieser exogene Block vor allem aus internationalen Variablen (Bruttoinlandsprodukt, Preise, Wechselkurse der fünf wichtigsten Handelsblöcke, Rohstoffpreise, Zinssätze). Die Annahmen zum internationalen Block basieren auf der mittelfristigen WIFO-Prognose für die Weltwirtschaft, die mit dem OEF-Weltmodell erstellt wird (Schiman, 2015). Im WIFO-Macromod werden

¹⁵ Nach der neuen (oder modifizierten) OECD-Skala wird der ersten Person im Haushalt ein Gewicht von 1 zugeordnet. Alle anderen Personen ab 14 Jahren erhalten ein Gewicht von 0,5 und jedes Kind unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3. Dadurch lässt sich für jeden Haushalt eine Äquivalenzzahl ableiten. Das äquivalente Haushaltseinkommen ergibt sich aus der Division des Haushaltseinkommens durch die Äquivalenzzahl im jeweiligen Haushalt.

¹⁶ Die Berechnungen erfolgen sowohl für Terzile als auch für Quintile, da die im Folgenden verwendeten makroökonomischen Modelle einen unterschiedlichen Grad der Detaillierung bei den Einkommensgruppen aufweisen.

aufgrund der relativ kurzen Zeitreihen die Verhaltensgleichungen als Einzelgleichungen – die meisten davon mit einem Fehlerkorrekturansatz – geschätzt. Dieser zeitreihenanalytische Ansatz setzt die Existenz eines quantifizierbaren und langfristig stabilen Zusammenhanges zwischen zwei oder mehreren Variablen voraus, lässt aber kurzfristige z. B. konjunkturbedingte Abweichungen zu.

Die Staatseinnahmen sind in drei große Abgabekategorien gegliedert, die sich am System des ESVG 2010 orientieren: Produktions- und Importabgaben (indirekte Steuern: Umsatzsteuer sowie andere Produktions- und Importabgaben), Einkommen- und Vermögensteuern (direkte Steuern: Einkommen- und Lohnsteuer, Körperschaftsteuer und andere Einkommen- und Vermögensteuern) sowie Sozialbeiträge (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und andere Sozialbeiträge). Im Allgemeinen werden die Staatseinnahmen im Modell endogen erklärt: Entweder wird die Dynamik der Steuerbasis explizit dargestellt, und die Auswirkungen einer Änderung der Steuerbasis können von jenen der Tarifsätze getrennt bestimmt werden, oder das Steueraufkommen wird mit Bezug zu einer gesamtwirtschaftlichen Größe ermittelt. So werden das Lohnsteueraufkommen durch die Lohnsumme, die Umsatzsteuererträge durch die Entwicklung des nominellen privaten Konsums und die Einnahmen an Körperschaftsteuer anhand des Nettobetriebsüberschusses bestimmt. Für die Schätzung der Elastizitäten werden in den meisten Fällen Fehlerkorrekturmodelle verwendet.

Die Staatsausgaben werden überwiegend als wirtschaftspolitische Variable verstanden und dadurch exogen vorgegeben. In diese Kategorie fallen beispielsweise monetäre Sozialleistungen, soziale Sachleistungen und sonstige laufende Transferleistungen und Subventionen. Die endogen erklärten Ausgaben des Staates umfassen die Arbeitnehmerentgelte pro Kopf im öffentlichen Sektor und die Arbeitslosenunterstützung. Die Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor wird langfristig von jener im privaten Sektor bestimmt. Weiters werden auch die Vorleistungen des öffentlichen Sektors endogen erklärt. Der Zinsendienst wird über die implizite Verzinsung der Bestandsschuld und die Zinsstruktur der Neuverschuldung ermittelt. Dazu werden Informationen der Bundesfinanzierungsagentur und die „Berichte über die öffentlichen Finanzen“ des Fiskalrates herangezogen. Die Dynamik der öffentlichen Verschuldung ergibt sich aus der Entwicklung des Budgetsaldos und Annahmen zum Stock-Flow Adjustment.

3.2.2.2 Erweiterungen im WIFO-Macromod: Einkommen-Konsum-Block nach Terzilen

Die später beschriebenen Entlastungsszenarien wirken in erster Linie über das verfügbare Nettoeinkommen der privaten Haushalte. Da die einzelnen Einkommensgruppen von den hypothetischen Reformen zum einen unterschiedlich betroffen sind und zum anderen eine andere Konsumneigung aufweisen, wurde der Einkommen-Konsum-Block im WIFO-Macromod für die in dieser Studie dargestellten Simulationen erweitert. Um den Umfang des Modells dadurch nicht übermäßig auszuweiten und die Wirkungsmechanismen übersichtlich darzustellen, wurde die Aufteilung auf drei Einkommensgruppen beschränkt.

Auf Basis der Daten zum äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen gemäß EU-SILC und der Konsumstruktur laut den Konsumerhebungen 1993/94, 1999/2000, 2004/05 und 2009/10

wurden das verfügbare Nettoeinkommen und der private Konsum gemäß ESVG 2010 für die Jahre 1995 bis 2014 in drei Gruppen aufgeteilt und dafür eigene Konsumfunktionen und Definitionen für das verfügbare Nettoeinkommen gebildet. Da für diesen Zeitraum lediglich vier Konsumerhebungen vorliegen und EU-SILC-Daten erst ab 2004 verfügbar sind, war eine ökonometrische Schätzung der drei Konsumfunktionen für die drei Terzilen nicht zielführend. Daher wurden auf Basis der gesamtwirtschaftlichen ESVG-Daten die geschätzten Parameter der aggregierten Konsumfunktion herangezogen, um die Konsumfunktionen nach Terzilen zu kalibrieren. Die geschätzte kurzfristige Einkommenselastizität¹⁷ der aggregierten Konsumfunktion beträgt 0,5, die langfristige Einkommenselastizität eins und die Anpassungsgeschwindigkeit, mit der Abweichungen von der langfristigen Konsumfunktion korrigiert werden, beträgt 0,2 (siehe Übersicht 3.1).

Übersicht 3.1: Konsum der privaten Haushalte nach Terzilen der verfügbaren Haushaltseinkommen

	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	Insgesamt
<i>Konsumausgaben</i> ¹				
Anteile in %	23,8	32,4	43,8	100,0
Durchschnittliche Konsumneigung	1,16	0,98	0,82	0,93
skaliert (auf die geschätzte langfristige Konsumneigung von 1)	1,2	1,0	0,9	1,0
<i>Konsumfunktionen</i>				
Kurzfristige marginale Konsumneigung	0,8 ²	0,5 ³	0,4 ²	0,5 ⁴
Fehler-Korrektur-Term				
Langfristige marginale Konsumneigung	1,2 ³	1,0 ³	0,9 ³	1,0⁴
Anpassungsparameter	0,25 ²	0,20 ²	0,18 ²	0,20 ⁴
<i>Konsumeffekt</i>				
Nach 1 Jahr	0,8	0,5	0,4	
Nach 2 Jahren	0,9	0,6	0,5	
Nach 5 Jahren	1,1	0,8	0,7	
Nach 10 Jahren	1,2	0,9	0,8	
Nach 20 Jahren	1,2	1,0	0,9	

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2009/2010; WIFO-Macromod; WIFO-Berechnungen. – ¹ Äquivalente Werte laut Konsumerhebung 2009/10. – ² Kalibriert, sodass das aggregierte Konsumneigungsprofil der drei Terzil-Konsumprofile jenem der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion entspricht. – ³ Angenommene Werte auf Basis der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion (2. Terzil) bzw. der skalierten durchschnittlichen Konsumneigung (1. und 3. Terzil). – ⁴ Geschätzte gesamtwirtschaftliche Konsumfunktion, Stützperiode 1995 bis 2014.

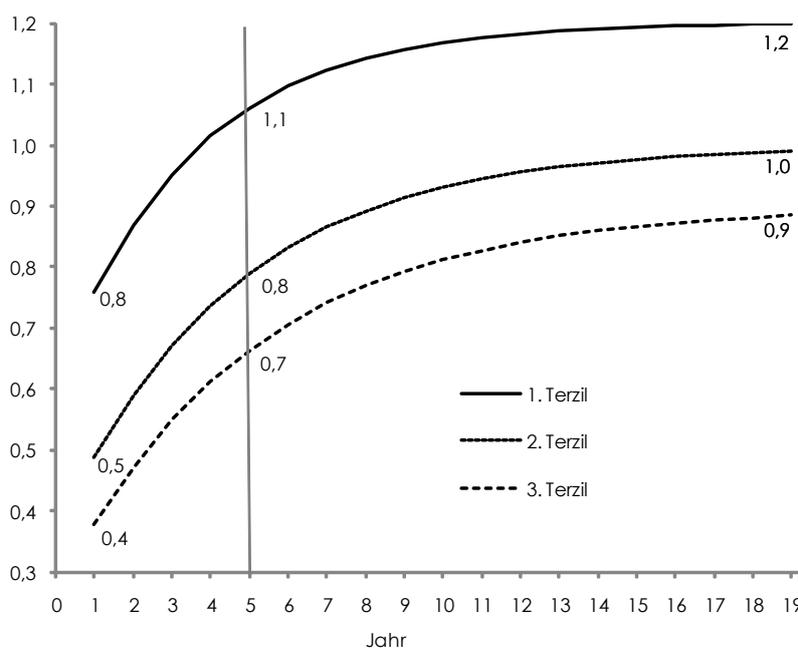
Für die Konsumfunktion der *Haushalte im mittleren Einkommensdrittel* wurden die Parameter der gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion unterstellt. Die Haushalte im unteren und im oberen Einkommensdrittel unterscheiden sich nach ihrer kurzfristigen und langfristigen Einkommenselastizität sowie in der Anpassungsdynamik. Kurzfristig geben die *Haushalte des unteren Drittels* knapp 80% eines Zusatzeinkommens im ersten Jahr aus (kurzfristige Einkommenselastizität 0,8). Für die langfristige Konsumneigung wurde die reskalierte durchschnittliche Konsum-

¹⁷ Die Einkommenselastizität des privaten Konsums in Bezug auf das verfügbare Realeinkommen gibt an, um welchen Prozentsatz sich die Konsumausgaben verändern, wenn sich das Einkommen um 1% ändert.

quote aus der Konsumerhebung 2009/10 von 1,2 angenommen.¹⁸ Darüber hinaus ist die Anpassungsdynamik zur langfristigen Einkommenselastizität für Haushalte mit niedrigem Einkommen am höchsten (0,25). Für Haushalte des oberen Einkommensdrittels wurden die kurzfristige Einkommenselastizität (0,4) und die Anpassungsgeschwindigkeit (0,18) am niedrigsten angenommen. Langfristig wurde eine Konsumneigung von 0,9 unterstellt.

Gewählt wurden die kurzfristigen Konsumneigungen und die Anpassungsparameter für das untere und obere Terzil so, dass die gewichtete Summe der drei Terzil-Konsumprofile jener der geschätzten gesamtwirtschaftlichen Konsumfunktion entspricht. Die Konsumneigungsprofile nach Terzilen infolge eines permanenten Anstieges des jeweiligen verfügbaren Realeinkommens um 1% sind in Abbildung 3.1 dargestellt. Diese Unterscheidung nach niedrigen, mittleren und hohen Haushaltseinkommen soll zum einen die Veränderung der Einkommensverteilung berücksichtigen und zum anderen die Auswirkungen auf den Konsum durch die nach Haushaltgruppen unterschiedliche Konsumneigung genauer erfassen.

Abbildung 3.1: Konsumneigungsprofile nach Terzilen



Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2009/2010; WIFO-Macromod; WIFO-Berechnungen.

¹⁸ Eine langfristige Konsumneigung, die größer als eins ist, ist für einen einzelnen Haushalt unplausibel, nicht aber für die Haushalte im untersten Einkommenssterzil als Gesamtheit. Während sich ein einzelner Haushalt nicht immer weiter verschulden kann, ohne an die Grenzen seiner Verschuldung zu stoßen, befinden sich in einer Gruppe von Haushalten immer schuldenaufnehmende und schuldenabbauende Haushalte gleichzeitig. Die Gesamtverschuldung der Haushalte kann daher kontinuierlich zunehmen.

3.2.2.3 Wirkungszusammenhänge im WIFO-Macromod

Ein durch die Entlastung ausgelöster gesamtwirtschaftlicher Impuls würde im Vergleich zur Basislösung

- unmittelbar (d. h. im ersten Jahr der Simulation) einen Anstieg des gesamtwirtschaftlich verfügbaren Nettoeinkommens um 1 Mrd. € bewirken und dadurch einen Zuwachs des privaten Konsums und der Ersparnisbildung induzieren. Im ersten Jahr würde ein durchschnittlicher Haushalt den Einkommenszuwachs etwa jeweils zur Hälfte konsumieren bzw. sparen. In der Folge würden durch die höhere Nachfrage auch die inländische Produktion (Bruttoinlandsprodukt) und dadurch auch die Beschäftigung und die Importe zunehmen.
- Der Anstieg der inländischen Produktion und der Beschäftigung führt zu einer Reduktion der Arbeitslosigkeit und tendenziell zu einem Anstieg der Löhne.
- Durch die Verringerung der Outputlücke würde der Nachfragezuwachs tendenziell auch einen Anstieg der Preise für Güter und Dienstleistungen induzieren.
- Da der Nachfrageanstieg als dauerhaft angenommen wurde, ist auf Grund der Produktionsausweitung mit einer höheren Investitionstätigkeit zu rechnen.
- Ein weiterer unmittelbarer Effekt der Abgabentlastung der privaten Haushalte ist der damit verbundene Entfall der Staatseinnahmen in selbiger Höhe. Abgeschwächt wird das aber durch ein durch die höhere wirtschaftliche Aktivität gesteigertes Aufkommen der Verbrauchsabgaben, Sozialbeiträge, gewinn- und lohnsummenabhängigen Steuern.
- Durch die höhere wirtschaftliche Aktivität und den damit verbundenen Anstieg an Beschäftigung würden zusätzlich auch die Staatsausgaben (etwas) geringer ausfallen (z. B. weniger Aufwendungen für Arbeitslosenunterstützung oder andere Sozialleistungen).
- Insgesamt führt dies zu einer Verschlechterung des Budgetsaldos aus Einnahmen und Ausgaben, da in den Simulationen explizit keine Maßnahmen zur Gegenfinanzierung der Nettoentlastung der privaten Haushalte unterstellt werden. In der Folge führt die Verschlechterung des Budgetsaldos zu einem Anstieg der öffentlichen Verschuldung.

3.2.3 WIFO-Modell ADAGIO

ADAGIO (**A** Dynamic **A**nd **G**lobal **I**nput-**O**utput **M**odel) ist ein ökonometrisches Input-Output-Modell der EU 27 plus 40 weiterer Staaten bzw. Regionen, die zusammen 99% der Weltwirtschaft abbilden.¹⁹ Kern des Modells sind Aufkommens- und Verwendungstabellen nach 59 Sektoren bzw. Gütern (2-Steller nach NACE Rev. 1) sowie sechs Endnachfragekategorien (privater Konsum, öffentlicher Konsum, Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck, Investitionen, Lagerveränderung, Exporte) und eine Handelsmatrix, die die Modellregionen auf Güterebene verbindet. Wesentliche Verhaltensgleichungen sind ökonometrisch ge-

¹⁹ Für eine detaillierte Darstellung siehe *Kratena et al.* (2013). Für eine Diskussion der Modellphilosophie siehe *Kratena – Streicher* (2009, 2014).

schätzt: Die Faktornachfrage in der Produktion wird gemeinsam mit den Outputpreisen über ein Translog-Modell bestimmt; die Lohnsetzung folgt einem Lohnverhandlungs-Ansatz, in dem die Höhe der Löhne von der Beschäftigung abhängt. In der privaten Konsumnachfrage werden zwei dauerhafte (Fahrzeuge, Wohnraum) und 13 nichtdauerhafte Konsumgüter unterschieden. Die Exportströme der 59 Güter berechnen sich modellendogen aus den gespiegelten Importen der anderen Modell-Regionen.

Im privaten wie im öffentlichen Konsum ist eine dynamische Vermögensbildung implementiert, wobei im privaten Konsum zusätzlich zwischen fünf Einkommensgruppen (Quintilen) unterschieden wird: vereinfacht dargestellt, ergibt die Differenz aus laufenden Einnahmen und Ausgaben die Netto-Verschuldung (bzw. Ersparnis), die gemeinsam mit dem letztjährigen den aktuellen Schulden- bzw. Vermögensstand ergibt; Schulden- bzw. Vermögensstände gehen mit (positiven oder negativen) Zinszahlungen in die laufenden Einnahmen bzw. Ausgaben ein. Zwischen den Gebarungen der privaten und öffentlichen Haushalte bestehen vielfältige Verbindungen – Steuern auf Einkommen und Vermögen oder Sozialversicherungsabgaben fließen von den Haushalten zum Staat; Transferleistungen (Pensionen, Arbeitslosenunterstützung, sonstige Transferleistungen) fließen vom Staat zu den Haushalten. Ähnlich, wenn auch in geringerem Umfang, besteht eine Verbindung zwischen dem Unternehmenssektor und dem Staat (über Produktionssteuern, Subventionen, Körperschaftsteuern usw.).

Eine zusätzliche Eigenschaft, die ADAGIO für Simulationen wie in dieser Studie eignet, ist ein konsistenter Preisbildungsmechanismus: ausgehend von den endogenen sektoralen Outputpreisen (die gemeinsam mit den Produktionsfaktoren bestimmt werden) werden die Güterpreise zu *Herstellungspreisen* („Preis am Fabrikstor“) bestimmt. Zusammen mit Handels- und Transportmargen sowie Gütersteuern (z. B. die Mehrwertsteuer) ergeben sich die *Anschaffungspreise* (jene Preise, die von den VerbraucherInnen bezahlt werden). Im Außenhandel setzt sich diese Preistransmission fort: die Exporte, die an der Grenze des exportierenden Landes zu fob-Preisen („free on board“) bewertet sind, werden – nach Beaufschlagung mit internationalen Handels- und Transportspannen – zu Importen an der Grenze des Importlandes (cif = „cost, insurance, freight“) bewertet.²⁰ Änderungen in (nationalen wie internationalen) Handels- und Transportmargen sowie in den Gütersteuern, zu denen im Außenhandel auch Zölle gehören können, lassen sich somit auf sehr direkte (und treffgenaue) Weise im Modell berücksichtigen.

3.3 Simulationsergebnisse

3.3.1 Szenarien und Verteilungswirkungen

Die Auswirkungen einer Entlastung der Haushaltseinkommen mit dem Ziel, die Konsumnachfrage zu stärken, werden mit Hilfe von drei Szenarien untersucht. Die ersten beiden Szenarien setzen an einer Veränderung des Steuer- und Abgabensystems an. Das dritte Szenario

²⁰ Die Ableitung konsistenter Außenhandelsströme ist in *Streicher – Stehrer* (2015) beschrieben.

untersucht die Auswirkungen einer Veränderung der sozialen Transferleistungen. Die Auswahl der Szenarien soll die Bandbreite der Maßnahmen widerspiegeln, mittels derer die Einkommen der privaten Haushalte entlastet werden können. Sie sind als exemplarisch zu verstehen, und stellen keine konkreten Politikempfehlungen dar. Zum einen werden Überlegungen zu Fragen der Fairness und zu Anreizwirkungen, etwa auf das Arbeitsangebot, sowie zu den institutionellen Rahmenbedingungen für die Umsetzung solcher Maßnahmen nicht berücksichtigt. Zum anderen unterstellt die Studie, dass geringere Einnahmen aus Steuern und Abgaben keine Leistungskürzungen nach sich ziehen. Letztere hätten selbst wieder negative Effekte auf die Konsumnachfrage und damit auch auf die Gesamtwirtschaft und würden somit die Wirkung der untersuchten Maßnahme konterkarieren. Insbesondere unterstellt die Studie für Szenario 2, in dem eine Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge untersucht wird, dass die entsprechenden Einnahmeherausfälle in der Sozialversicherung aus allgemeinen Budgetmitteln ausgeglichen werden.

Beschreibung der Szenarien mit einem jeweiligen Entlastungsvolumen von 1 Mrd. €

Szenario 1: Senkung des Eingangssteuersatzes

Der Eingangssteuersatz, der zwischen der Steuerfreibetragsgrenze von 11.000 € und der folgenden Steuertarifstufe von 18.000 € liegt, wird für die Berechnung der Lohnsteuer von Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen um 4 Prozentpunkte von 25% auf 21% gesenkt.

Szenario 2: Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge

Der Sozialversicherungsbeitragssatz wird für Bruttomonatslöhne zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und 800 € um 80%, zwischen 800 € und 1.200 € um 60%, zwischen 1.200 € und 1.500 € um 40% und zwischen 1.500 € und 1.800 € um 20% reduziert. Dadurch erhöht sich die Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer. Um dem entgegenzuwirken, wird der Eingangssteuersatz um 1 Prozentpunkt gesenkt.

Szenario 3: Erhöhung der Transfereinkommen für Haushalte in unteren Einkommensgruppen

Subvention jener Haushalte, die trotz Erwerbstätigkeit ein äquivalentes Haushaltseinkommen unter 13.500 € pro Jahr haben. Die Subvention besteht aus der Differenz zwischen dem jährlichen äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen und der Grenze von 13.500 €.

Szenario 1 unterstellt eine Senkung des Eingangssteuersatzes um 4 Prozentpunkte von 25% auf 21% bei gleichzeitiger Beibehaltung aller anderen Eigenschaften des Steuertarifs für Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen. Das gesamte Entlastungsvolumen beträgt – wie in allen anderen Szenarien auch – etwa 1 Mrd. €. ²¹ Dies bedeutet einen Anstieg des gesamten äquivalenten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte um 0,7%. Wie Übersicht 3.2 zeigt, profitieren von einer Senkung des Eingangssteuersatzes vor allem die mitt-

²¹ Da konkrete Änderungen im Steuer- und Abgabensystem simuliert werden, beträgt das gesamte Entlastungsvolumen in keinem der drei Szenarien exakt 1 Mrd. €. Die Abweichungen von diesem Zielwert bewegen sich jedoch in einer Größenordnung von wenigen Millionen Euro.

leren und oberen Einkommensgruppen. Im mittleren Terzil und Quintil der Haushalte steigt das Einkommen am stärksten. Auch im obersten Terzil bzw. Quintil steigt das Haushaltseinkommen merklich. Dies liegt daran, dass eine Senkung des Eingangsteuersatzes das Steueraufkommen für den Teil des Jahresbruttoeinkommens, der zwischen der Steuerfreibetragsgrenze von 11.000 € und dem Grenzwert von 18.000 € für die nächste Steuertarifstufe liegt, reduziert – unabhängig von der Höhe des gesamten Einkommens. Alle Personen, deren Einkommen über der Steuerfreibetragsgrenze liegt, profitieren davon. Für Haushalte in der unteren Einkommensgruppe steigt das verfügbare Haushaltseinkommen hingegen weniger stark, da ihre (individuellen) Einkommen teilweise unter der Steuerfreibetragsgrenze von 11.000 € pro Jahr liegen.²²

Übersicht 3.2: Verteilungseffekte für die verfügbaren Haushaltseinkommen durch eine Entlastung der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit und Pensionen, 2016

	Äquivalentes verfügbares Haushaltseinkommen			
	Durchschnitt € pro Jahr	Szenario 1	Szenario 2 Veränderung in %	Szenario 3
1. Terzil	12.777	0,5	1,1	6,7
2. Terzil	23.183	0,9	0,8	0,0
3. Terzil	39.777	0,7	0,4	0,0
1. Quintil	9.962	0,3	1,1	14,3
2. Quintil	17.915	0,8	1,1	0,0
3. Quintil	23.107	0,9	0,8	0,0
4. Quintil	29.252	0,8	0,6	0,0
5. Quintil	46.004	0,6	0,3	0,0
Insgesamt	25.245	0,7	0,6	1,1
<hr/>				
Anteil der armutsgefährdeten Haushalte	0,166	0,168	0,168	0,166
Gini-Koeffizient	0,284	0,284	0,282	0,271
P90/10	3,631	3,648	3,606	3,028
P75/25	1,870	1,876	1,864	1,870

Q: WIFO-Mikrosimulation mit hochgerechneten und fortgeschriebenen Daten aus EU-SILC 2013.

Da diese Maßnahme insbesondere den mittleren und oberen Einkommen zugutekommt, steigt die Ungleichheit etwas an (Übersicht 3.2). Der Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen bleibt zwar unverändert, das 90/10- und das 75/25-Perzentilverhältnis nehmen jedoch geringfügig zu. Auch der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte nimmt zu, da auch das Medianeinkommen und damit der Grenzwert für die Armutsgefährdung steigen.²³

²² So sind etwa 40% aller Haushalte im untersten Einkommensterzil nicht von dieser Maßnahme betroffen.

²³ Der Grenzwert für die Armutsgefährdung liegt bei 60% des äquivalenten Medianeinkommens. Wenn daher das Medianeinkommen aufgrund der Entlastung steigt, die unteren Einkommen aber kaum oder gar nicht steigen, dann nimmt der Anteil der Einkommen unterhalb der Schwelle zu.

Die Ergebnisse des ersten Szenarios zeigen, dass eine Änderung des Steuersystems in diese Richtung wenig zur Entlastung der unteren Haushaltseinkommen beitragen kann. *Szenario 2* untersucht daher die Auswirkungen einer Senkung der arbeitnehmerseitigen Sozialversicherungsbeiträge. Es wird dabei unterstellt, dass der Sozialbeitragssatz für Bruttomonatslöhne zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und 800 € um 80%, zwischen 800 € und 1.200 € um 60%, zwischen 1.200 € und 1.500 € um 40% und zwischen 1.500 € und 1.800 € um 20% reduziert wird. Diese Staffelung soll dazu dienen, dass die Grenzabgabenbelastung bei den Übergängen zum jeweils nächsthöheren Beitragssatz nicht zu groß wird. Zudem wird unterstellt, dass die Einnahmehausfälle in der Sozialversicherung durch andere Mittel ausgeglichen werden und zu keinen Leistungskürzungen führen.²⁴

Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge führt zu einer Erhöhung der Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und damit auch zu einem höheren Steueraufkommen. Dadurch wird die Entlastung der Einkommen teilweise kompensiert. Um diesem Umstand Rechnung zu tragen und um ein Entlastungsvolumen von etwa 1 Mrd. € zu erreichen, wird zusätzlich der Eingangssteuersatz um einen Prozentpunkt gesenkt.²⁵

In diesem Szenario ist die Entlastung der unteren Einkommensgruppe deutlich stärker als im vorhergehenden (Übersicht 3.2). Mittlere Einkommen werden ähnlich stark entlastet wie durch eine reine Senkung des Eingangssteuersatzes, obere Einkommen hingegen deutlich weniger. Da Sozialversicherungsbeiträge anteilig für Einkommen bis zur Höchstbeitragsgrundlage²⁶ entrichtet werden, profitieren hohe Einkommen verhältnismäßig weniger von einer Senkung. Allerdings bleiben durch diese Maßnahme auch Einkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze unverändert, da sie nicht zwingend sozialversichert sind und nur dann in Genuss einer Beitragssenkung kommen, wenn sie freiwillig welche entrichten.²⁷ Gerade in den unteren Einkommensgruppen ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten besonders hoch.²⁸ Auch profitieren diese Einkommensgruppen kaum von der Senkung des Eingangssteuersatzes (siehe Szenario 1).

Da untere und mittlere Einkommen am stärksten von einer Senkung der Sozialversicherungsbeiträge profitieren, sinkt die Ungleichheit geringfügig, was sich in einem leichten Rückgang

²⁴ Alternativ zu dieser Maßnahme könnte auch die bestehende Negativsteuer umgestaltet werden.

²⁵ Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ergibt ein Entlastungsvolumen von etwa 950 Mio. €, dem ein um etwa 190 Mio. € höheres Einkommensteueraufkommen gegenübersteht. Wird der Eingangssteuersatz um einen Prozentpunkt gesenkt, dann beträgt das Entlastungsvolumen aus der Beitragssenkung etwa 950 Mio. € und aus der Senkung der Einkommensteuer etwa 60 Mio. €. Das Ziel einer Entlastung der Haushaltseinkommen um 1 Mrd. € nur über die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge ist problematisch, da dafür die Geringfügigkeitsgrenze faktisch deutlich angehoben werden müsste und das zu hohen Ausfällen der Sozialversicherungseinnahmen führen würde, die Umschichtungen in der Finanzierung der Sozialversicherungssysteme nach sich ziehen würden.

²⁶ Diese liegt aktuell bei monatlich 4.860 €.

²⁷ In den Simulationen wird angenommen, dass lediglich Erwerbstätige mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Der Anteil der geringfügig Beschäftigten mit freiwilliger Kranken- und Pensionsversicherung lag 2014 bei 14%.

²⁸ Etwa ein Fünftel der Haushalte im untersten Einkommensterzil beziehen kein sozialversicherungspflichtiges Einkommen.

der Ungleichheitsmaße widerspiegelt. Der Anteil der armutsgefährdeten Haushalte nimmt jedoch auch in diesem Szenario leicht zu, da das Medianeinkommen steigt (siehe Szenario 1). Die beiden oben beschriebenen Szenarien zeigen, dass eine Änderung im Steuer- und Abgabensystem nur bedingt geeignet ist, untere Einkommen zielgerichtet zu entlasten. In Szenario 3 wird daher eine Veränderung sozialer Transferleistungen untersucht mittels derer das gesamte Entlastungsvolumen im untersten Terzil bzw. Quintil realisiert wird. Diese Maßnahme setzt nicht – wie die beiden anderen – an den individuellen Einkommen an, sondern unmittelbar an den verfügbaren Haushaltseinkommen. Dadurch wird der Umstand vermieden, dass eine Entlastung geringer Individualeinkommen auch Haushalten mit höherem Einkommen zugutekommt, in denen NiedrigeinkommensbezieherInnen einen gemeinsamen Haushalt mit HocheinkommensbezieherInnen führen.

In diesem Szenario werden jene Haushalte subventioniert, die trotz Erwerbstätigkeit²⁹ ein äquivalentes verfügbares Haushaltseinkommen unter 13.500 € pro Jahr bzw. 1.125 € pro Monat (Jahreszwölftel) haben. Diese Grenze liegt geringfügig unter der Armutsgefährdungsschwelle von 60% des Medianeinkommens.³⁰ Die Subvention besteht aus der Differenz zwischen dem jährlichen äquivalenten verfügbaren Haushaltseinkommen und der Grenze von 13.500 €. Diese Maßnahme entspricht dem Konzept einer Mindestsicherung und würde etwa 7% aller Haushalte und etwa 11% aller Erwerbstätigenhaushalte betreffen.

Da mittels einer solchen Maßnahme ausschließlich Haushalte im untersten Einkommensterzil bzw. –quintil erreicht werden, steigt in diesen Gruppen das Einkommen deutlich stärker als in den beiden vorangegangenen Szenarien. Mittlere und obere Haushaltseinkommen werden hingegen von einer solchen Maßnahme nicht verändert. Dies hat zur Folge, dass sich die Einkommensverteilung merklich stärker verbessert als in Szenario 1 und Szenario 2. Die Armutsgefährdungsquote bleibt in Szenario 3 stabil (Übersicht 3.2). In der Simulation werden allerdings keine Effekte aufgrund geänderter Anreize berücksichtigt. So ist denkbar, dass der geringer werdende Abstand zwischen Lohnesinkommen und Transferleistungen dazu führt, dass das Arbeitsangebot abnimmt. Aktuell dürfte dies jedoch aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit nicht zu einer Verringerung der gesamtwirtschaftlichen Produktion führen. Eine stärkere Inanspruchnahme dieser Transferleistung könnte jedoch die öffentlichen Ausgaben stärker erhöhen, als in der Simulation unterstellt.

3.3.2 Makroökonomische Effekte

Im Folgenden werden mit Hilfe des WIFO-Macromod (siehe Kapitel 3.2.2) die gesamtwirtschaftlichen Effekte der oben angeführten Maßnahmen geschätzt. Zu diesem Zweck werden die im vorigen Kapitel mittels Mikrosimulation berechneten Veränderungen der verfügbaren Haushaltseinkommen der drei Einkommensterzile in das makroökonomische Modell imple-

²⁹ Mindestens eine Person pro Haushalt muss erwerbstätig sein.

³⁰ Bei einem hochgerechneten Medianeinkommen von rund 22.970 € pro Jahr für das Jahr 2016 beträgt die Armutsgefährdungsschwelle etwa 13.782 €. Dadurch werden etwa 95% aller erwerbstätigen Haushalte unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle subventioniert, und die Subvention kommt ausschließlich solchen Haushalten zugute.

mentiert. Die Ergebnisse werden in Übersicht 3.4 dargestellt, wobei die Effekte der einzelnen Szenarien jeweils fünf Jahre ab Wirksamwerden des Schocks als Abweichung von der Basislösung (= ohne Entlastung) in Prozent angegeben wird. Als Basisszenario für die Simulationen wird die mittelfristige WIFO-Prognose bis 2020 vom Oktober 2015 (Baumgartner et al., 2015) herangezogen.

Die Höhe des durch die Entlastung induzierten Nachfrageanstiegs und des Gesamteffekts auf Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung hängt davon ab, wie sich die Entlastung auf die Haushalte verteilt. Da Haushalte in der unteren Einkommensgruppe eine deutlich höhere Konsumneigung haben als solche in der mittleren und oberen Einkommensgruppe (siehe Kapitel 3.2), ist der gesamtwirtschaftliche Effekt umso höher, je mehr niedrige Haushaltseinkommen entlastet werden. Die Aufteilung des gesamten Entlastungsvolumens von jeweils etwa 1 Mrd. € auf die Einkommensterzile ist in Übersicht 3.3 dargestellt.

Die Entlastung der verfügbaren Haushaltseinkommen führt in den drei oben beschriebenen Szenarien zu einem Anstieg der Konsumausgaben und des Bruttoinlandsprodukts (Übersicht 3.4). Die Höhe der Effekte unterscheidet sich jedoch je nach Verteilungswirkung der untersuchten Maßnahme.

Übersicht 3.3: Entlastungsszenarien

	Verfügbares Haushaltseinkommen			Insgesamt
	1. Terzil	2. Terzil	3. Terzil	
Szenario 1				
Mio. €	125,9	365,2	525,3	1.016,4
in % des Einkommens	0,5	0,8	0,7	0,7
Anteil an Entlastung in %	12,4	35,9	51,7	100,0
Einkommensverteilung				
vor der Reform, in %	16,4	31,0	52,5	100,0
nach der Reform, in %	16,4	31,1	52,5	100,0
Szenario 2				
Mio. €	265,6	420,5	340,7	1.026,8
in % des Einkommens	1,1	0,9	0,4	0,7
Anteil an Entlastung in %	25,9	41,0	33,2	100,0
Einkommensverteilung				
vor der Reform, in %	16,4	31,0	52,5	100,0
nach der Reform, in %	16,5	31,1	52,4	100,0
Szenario 3				
Mio. €	1.054,7	0,0	0,0	1.054,7
in % des Einkommens	4,4	0,0	0,0	4,4
Anteil an Entlastung in %	100,0	0,0	0,0	100,0
Einkommensverteilung				
vor der Reform, in %	16,4	31,0	52,5	100,0
nach der Reform, in %	17,0	30,8	52,2	100,0

Q: WIFO-Mikrosimulationsmodell.

Ergebnisse Szenario 1 – Senkung des Einkommensteuersatzes

Eine Senkung des Eingangsteuersatzes erhöht die mittleren und oberen Einkommen am stärksten (siehe Kapitel 3.3.1, Übersicht 3.2 und Übersicht 3.3). Das zusätzliche Einkommen dieser Gruppen fließt jedoch aufgrund der geringeren Konsumneigung zu einem guten Teil in die Ersparnisse, was einen deutlichen Anstieg der Sparquote im ersten Jahr der Simulation zur Folge hat. Spiegelbildlich nehmen die Konsumausgaben des mittleren und oberen Terzils prozentuell kurzfristig nur gleich stark oder sogar geringer zu als die des unteren Einkommens-terzils. Langfristig geht der Anstieg der real verfügbaren Nettoeinkommen wieder etwas zurück und der Effekt auf die Konsumausgaben des unteren und oberen Einkommens-terzils gleicht sich an.

Hier machen sich zwei Effekte bemerkbar, die auch in den folgenden Simulationen zu beobachten sind: Zum einen steigt die durchschnittliche Konsumneigung in allen Einkommensgruppen im Laufe der Zeit an (siehe Kapitel 3.2.2, Übersicht 3.1 und Abbildung 3.1). Die Unterschiede in der kurzfristigen Konsumneigung zwischen den drei Einkommens-terzilen sind höher als in der langfristigen. Dies hat zur Folge, dass die Unterschiede im Anstieg der Konsumausgaben im Zeitverlauf etwas zurückgehen. Da die langfristige Einkommenselastizität in der aggregierten Konsumfunktion für alle Haushalte gleich 1 ist, geht die Sparquote im Zeitverlauf wieder auf ihr ursprüngliches Niveau zurück. Zusätzlich bewirken die höhere Nachfrage und damit die höhere Beschäftigung allmählich einen Anstieg der Verbraucherpreise, was den anfänglichen (nominellen) Schock auf die Einkommen im Zeitverlauf abschwächt. Dies hat zur Folge, dass der Anstieg der real verfügbaren Nettoeinkommen wieder etwas abnimmt.

Der Effekt der höheren Nettoeinkommen auf die Konsumausgaben wird verstärkt, da mit einer Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Aktivität die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen steigen. Allerdings nehmen auch die Importe von Konsum- und Investitionsgütern sowie von Vorleistungen zu. Der Gesamteffekt auf das Bruttoinlandsprodukt beträgt kurzfristig wie langfristig 0,1%. In der Folge steigt die Beschäftigung um etwa 2.800 Personen (+0,1%).

Der Ausfall der Staatseinnahmen durch die Senkung des Eingangsteuersatzes wird durch geringere staatliche Ausgaben wegen der sinkenden Zahl an Arbeitslosen teilweise ausgeglichen. Im Zeitverlauf nehmen die Einnahmen der öffentlichen Haushalte wegen des Anstiegs des nominellen Bruttoinlandsprodukts allerdings wieder zu, sodass der langfristige Effekt auf den Finanzierungssaldo klein bleibt (–0,1% des Bruttoinlandsprodukts). Die Staatsschulden steigen kumuliert bis 2020 um 0,7 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts.

Szenario 2 – Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung

Eine Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung zieht einen deutlich stärkeren Anstieg der Einkommen im unteren Terzil und einen geringfügig stärkeren im mittleren Terzil nach sich als im vorangegangenen Szenario (siehe Kapitel 3.3.1). Dementsprechend steigen auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte insbesondere im unteren Terzil deutlich stärker als bei einer Senkung des Eingangsteuersatzes. Hingegen steigen die oberen Einkommen deutlich

geringer, was – auch aufgrund der niedrigeren Konsumneigung – einen merklich geringeren Anstieg der Konsumausgaben in diesem Terzil nach sich zieht. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote erhöht sich im ersten Jahr daher weniger stark als in Szenario 1.

Der Effekt der Beitragssenkung auf das Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Jahr der Simulation höher als bei einer Reduktion des Eingangsteuersatzes, geht aber im Zeitverlauf etwas zurück. Die Zahl der Beschäftigten steigt langfristig um 3.300 Personen und die Verschuldung der öffentlichen Haushalte nimmt kumuliert um 0,5 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts zu.

Szenario 3 – Ausweitung der sozialen Transferleistungen auf Haushaltsebene

Eine Ausweitung der sozialen Transferleistungen, die ausschließlich dem unteren Einkommensdrittel der Haushalte zugutekommt, hat einen kräftigen Anstieg des real verfügbaren Nettoeinkommens und der Konsumausgaben in diesem Terzil zur Folge. Aufgrund der hohen Konsumneigung dieser Einkommensgruppe bleibt die Sparquote im ersten Jahr sogar unverändert, nahezu der gesamte Einkommenszuwachs fließt also in den Konsum. Da im Zeitverlauf allmählich die Preise steigen, sinken die real verfügbaren Nettoeinkommen des mittleren und oberen Einkommenssterzils etwas. Die gesamtwirtschaftliche Sparquote geht daher sogar zurück. Der Effekt dieser Maßnahme auf die gesamtwirtschaftliche Produktion ist deutlich stärker als in den beiden anderen Szenarien. Kurzfristig erhöht sich das Bruttoinlandsprodukt um 0,3% und langfristig um 0,2%. Dementsprechend ist auch der Beschäftigungseffekt höher (+5.500 Personen). Die Staatsausgaben steigen aufgrund der höheren sozialen Transferleistungen zwar und könnten letztlich noch höher ausfallen, falls diese Erhöhung zu einer stärkeren Inanspruchnahme der Transferleistung führt, gleichzeitig steigen aber auch die Steuereinnahmen aufgrund der größeren gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ohne die – in der Simulation nicht berechnete – Veränderung des Arbeitskräfteangebots würde sich diese Maßnahme also selbst finanzieren.

Die Effekte auf Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung sind in allen drei Szenarien verhältnismäßig gering. Dies ist jedoch auf das relativ zum gesamten Einkommen niedrige Entlastungsvolumen von 1 Mrd. € zurückzuführen. Setzt man die Effekte in Relation zum Ausgangsschock und berechnet so BIP-Multiplikatoren, ergibt sich ein klareres Bild. Für Szenario 1 (Senkung des Eingangsteuersatzes) ergibt sich ein kurzfristiger BIP-Multiplikator³¹ von 0,5, der im Zeitverlauf auf 0,3 sinkt (Übersicht 3.5). Für Szenario 2 (Senkung der Sozialversicherungsbeiträge) ist der Multiplikator nur geringfügig höher. Da in beiden Szenarien auch die mittleren und oberen Einkommen deutlich entlastet werden, geht ein Teil des Entlastungsvolumens in die Sparquote, der BIP-Multiplikator ist daher deutlich niedriger als 1. In Szenario 3 hingegen kommt das gesamte Entlastungsvolumen den Haushalten im unteren Terzil zugute, die den gesamten Einkommenszuwachs für Konsum ausgeben. Unter den getroffenen Annahmen ist der Multiplikator zu Beginn größer als 1, um dann allmählich auf 0,6 zurückzugehen.

³¹ Der BIP-Multiplikator ist definiert als der Effekt auf das reale Bruttoinlandsprodukt im Verhältnis zur Erhöhung der verfügbaren Haushaltseinkommen. Letztere beträgt in allen drei Szenarien etwa 1 Mrd. €.

Übersicht 3.4: Makroökonomische Effekte

		Szenario 1		Szenario 2		Szenario 3	
		1. Jahr	5. Jahr	1. Jahr	5. Jahr	1. Jahr	5. Jahr
		Kumulierte Abweichung					
<i>Nachfrage, real</i>							
Konsumausgaben							
Private Haushalte ¹	Prozent	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6
Unteres Terzil	Prozent	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,7	+ 0,7	+ 2,4	+ 2,9
Mittleres Terzil	Prozent	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	± 0,0	– 0,1
Oberes Terzil	Prozent	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	– 0,1
Staat	Prozent	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Bruttoanlageinvestitionen							
Gesamt	Prozent	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,2
Private Ausrüstungsinvestitionen	Prozent	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,2
Private Bauinvestitionen	Prozent	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6	+ 0,4
Exporte	Prozent	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Importe	Prozent	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,4
Außenbeitrag in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,2
Bruttoinlandsprodukt	Prozent	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt, nominell	Prozent	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,6
<i>Preise</i>							
BIP-Deflator	Prozent	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,4
Verbraucherpreise	Prozent	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	+ 0,3	± 0,0	+ 0,5
<i>Inflation</i>							
BIP-Deflator	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Verbraucherpreise	Prozentpunkte	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
<i>Arbeitsmarkt</i>							
Arbeitskräfteangebot	Prozent	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Unselbständig Beschäftigte ²	Prozent	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	1.000 Personen	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 3,8	+ 5,5
Arbeitslosenquote ^{3,4}	Prozentpunkte	± 0,0	– 0,1	± 0,0	– 0,1	– 0,1	– 0,1
Arbeitslose ³	1.000 Personen	– 1,3	– 2,1	– 1,6	– 2,5	– 2,9	– 4,2
<i>Einkommen, Sparen</i>							
Bruttobetriebsüberschuss	Prozent	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,6
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁵	Prozent	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,6
Reallohn je unselbständig Beschäftigten	Prozent	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	– 0,1
Real verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, netto							
Private Haushalte ¹	Prozent	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2
Unteres Terzil	Prozent	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 3,1	+ 2,5
Mittleres Terzil	Prozent	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	– 0,2
Oberes Terzil	Prozent	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	– 0,2
Sparquote ⁶	Prozentpunkte	+ 0,3	± 0,0	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	– 0,4
<i>Staatshaushalt</i>							
Staatseinnahmen in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,3	– 0,2	– 0,3	– 0,2	± 0,0	± 0,0
Staatsausgaben in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Finanzierungssaldo in % des BIP	Prozentpunkte	– 0,2	– 0,1	– 0,2	– 0,1	– 0,2	± 0,0
Staatsverschuldung in % des BIP	Prozentpunkte	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	– 0,1	– 0,1

Q: WIFO-Macromod. – ¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ² Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ³ Laut Arbeitsmarktservice. – ⁴ In % der unselbständigen Erwerbspersonen. – ⁵ Ohne Arbeitgeberbeiträge. – ⁶ In % des verfügbaren Nettoeinkommens.

Die Beschäftigungsmultiplikatoren sind allerdings gering. Eine Erhöhung der Haushaltseinkommen um 1 Mrd. € bringt langfristig zwischen 2.750 und 5.550 zusätzliche Beschäftigte, wobei der größte Beschäftigungszuwachs aufgrund des höheren BIP-Effekts in Szenario 3 erfolgt.

Unterschiedlich sind auch die Auswirkungen auf die Importe und damit auf den Außenbeitrag. Steigen langfristig in den ersten beiden Szenarien die Importe gegenüber der Basislösung um 0,2 Prozentpunkte, ist dieser Anstieg in Szenario 3 ungefähr doppelt so hoch (0,4). Grund dafür ist, dass die Importneigungen der Haushaltsgruppen unterschiedlich sind. Haushalte der unteren Einkommensgruppe konsumieren etwas mehr importierte Güter als jene in der mittleren und oberen Einkommensgruppe (siehe Kapitel 2.2). Die Stärkung der Einkommen und damit der Konsumnachfrage in den unteren Einkommensgruppen hat daher nicht nur einen höheren Effekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern reduziert auch den Exportüberschuss der österreichischen Wirtschaft.

Übersicht 3.5: Multiplikatoren

	1. Jahr	2. Jahr	3. Jahr	4. Jahr	5. Jahr
			BIP-Multiplikator		
Szenario 1	0,5	0,6	0,5	0,5	0,3
Szenario 2	0,6	0,7	0,6	0,5	0,4
Szenario 3	1,1	1,2	1,1	0,9	0,6
			Beschäftigungsmultiplikator		
Szenario 1	1,721	2,776	3,214	3,180	2,753
Szenario 2	2,151	3,437	3,946	3,872	3,324
Szenario 3	3,848	6,039	6,814	6,577	5,547

Q: WIFO-Macromod.

3.3.3 Sektorale Wertschöpfungs- und Beschäftigungseffekte

Zusätzlich zu den makroökonomischen Auswirkungen der Entlastungsszenarien werden im Folgenden die Effekte auf die Wertschöpfung einzelner Sektoren mit dem WIFO-Modell ADAGIO berechnet. Die Annahmen entsprechen dabei jenen des WIFO-Macromod (siehe Kapitel 3.3.2). Die Haushalte werden im Modell in Einkommensquintile unterteilt, die jeweils eine eigene Konsumfunktion mit unterschiedlichen Konsumneigungen haben (siehe Kapitel 3.2.3). Anders als im WIFO-Macromod haben angesparte Vermögen einen positiven Effekt auf den privaten Konsum, weshalb die Unterschiede im Konsum der verschiedenen Einkommensgruppen als Reaktion auf eine Erhöhung der Einkommen langfristig verschwinden. Das Erreichen dieses neuen Modellgleichgewichts dauert jedoch 25 bis 30 Jahre. Um eine Konsistenz mit der mittelfristigen Betrachtung, wie sie das WIFO-Macromod darstellt, herzustellen, werden daher nur jene Effekte diskutiert, die sich nach 5 bis 10 Jahren, also bei einer teilweisen Annäherung an das neue langfristige Gleichgewicht, einstellen.

Übersicht 3.6: Wertschöpfungseffekte nach Sektoren

	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
	Abweichung vom Basisszenario in %		
Privater Konsum ¹	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,5
Öffentlicher Konsum	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Bruttoinvestitionen	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Exporte	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Importe	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Beschäftigung	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Sektoren			
A Land- und Forstwirtschaft	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
B Fischerei und Fischzucht	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
D Sachgütererzeugung	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
E Energie- und Wasserversorgung	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
F Bauwesen	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
G Handel	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
J Kredit- und Versicherungswesen	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen DL	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
L Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	± 0,0	± 0,0	± 0,0
M Unterrichtswesen	± 0,0	± 0,0	± 0,0
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
O Erbringung von sonstigen öffentlichen, persönlichen DL	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
P Private Haushalte	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Insgesamt	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2
Anteile an der Veränderung der Bruttowertschöpfung in %			
A Land- und Forstwirtschaft	2,0	2,1	2,2
B Fischerei und Fischzucht	0,0	0,0	0,0
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	0,2	0,2	0,3
D Sachgütererzeugung	10,0	10,2	10,6
E Energie- und Wasserversorgung	1,5	1,5	1,5
F Bauwesen	7,1	7,2	7,3
G Handel	18,7	19,0	19,7
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	15,0	14,5	12,7
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,3	8,5	8,8
J Kredit- und Versicherungswesen	7,7	7,6	7,7
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen DL	17,4	17,4	17,8
L Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	0,5	0,5	0,5
M Unterrichtswesen	1,5	1,5	1,5
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3,6	3,6	3,3
O Erbringung von sonstigen öffentlichen, persönlichen DL	6,5	6,4	6,0
P Private Haushalte	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Q: WIFO-Modell ADAGIO. ÖNACE 2003. – ¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

Übersicht 3.7: Bedeutung der Beschäftigungseffekte für die Sektoren

Sektoren	Szenario 1	Szenario 2	Szenario 3
	Anteile an der Veränderung der Beschäftigung in %		
A Land- und Forstwirtschaft	7,1	7,3	7,7
B Fischerei und Fischzucht	0,0	0,0	0,0
C Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden	0,1	0,1	0,1
D Sachgütererzeugung	7,8	7,9	8,3
E Energie- und Wasserversorgung	0,4	0,5	0,5
F Bauwesen	6,2	6,2	6,3
G Handel	23,4	23,8	24,9
H Beherbergungs- und Gaststättenwesen	18,2	17,5	15,5
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	7,2	7,3	7,7
J Kredit- und Versicherungswesen	3,8	3,8	3,9
K Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen DL	9,4	9,4	9,7
L Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherung	0,5	0,5	0,5
M Unterrichtswesen	1,5	1,5	1,6
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	5,4	5,3	5,0
O Erbringung von sonstigen öffentlichen, persönlichen DL	8,4	8,2	7,7
P Private Haushalte	0,6	0,6	0,6
Insgesamt	100,0	100,0	100,0

Q: WIFO-Modell ADAGIO. ÖNACE 2003.

Die makroökonomischen Effekte, die sich aus einer Erhöhung der Einkommen ergeben, sind mittelfristig ähnlich wie jene aus dem WIFO-Macromod. Den größten Effekt auf Konsum, Bruttoinlandsprodukt und Beschäftigung hat auch hier die Erhöhung der Einkommen im unteren Einkommensquintil über eine Ausweitung der Transferleistungen (Szenario 3). Eine Senkung des Eingangssteuersatzes (Szenario 1) oder der Beiträge zur Sozialversicherung (Szenario 2) hat dagegen aufgrund der geringeren Verteilungswirkung einen deutlich niedrigeren Effekt auf die genannten Variablen.

Die Konsumstruktur der verschiedenen Einkommensgruppen weist zwar merkliche Unterschiede auf (siehe Kapitel 2.2), die Unterschiede in den Effekten auf die Wertschöpfung in den einzelnen Sektoren ergeben sich jedoch in erster Linie durch die unterschiedliche Größenordnung des makroökonomischen Effekts. Entsprechend der Konsumstruktur ist die Zunahme der Wertschöpfung infolge eines Einkommensanstiegs in jenen Branchen am größten, in denen konsumnahe Güter und Dienstleistungen produziert werden.

Am stärksten profitieren in allen drei Szenarien die Sektoren nach ÖNACE 2003 Handel (G), Realitätenwesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen (K), Beherbergungs- und Gaststättenwesen (H) sowie Sachgütererzeugung (D). In den Bereichen Bau (F), Verkehr (I) und Kreditwesen (J) sowie der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (O) hat die Ausweitung der Einkommen in allen drei Szenarien ebenfalls merkliche Effekte. Da die Beschäftigungsintensität in den Bereichen Handel (G) und Beherbergungs- und Gaststättenwesen (H) hoch ist, fallen die Beschäftigungseffekte in diesen Sektoren besonders groß aus.

Vergleicht man die drei Szenarien, so zeigt sich, dass nur in den Bereichen Beherbergungs- und Gaststättenwesen (H) und Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (O) die Effekte umso kleiner sind, je stärker die untere Einkommensgruppe von der Einkommenserhöhung profitiert. Das liegt daran, dass die in diesen Branchen produzierten Güter und Dienstleistungen typischerweise von Haushalten in den mittleren und oberen Einkommensgruppen konsumiert werden (siehe Kapitel 2.2). In den anderen genannten Branchen ist der Anteil am Konsum der unteren Einkommensgruppe und dementsprechend auch der Effekt einer Einkommensentlastung auf die Wertschöpfung in Szenario 3 größer als in den beiden anderen Szenarien.

4 Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die österreichische Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren kaum gewachsen. Neben einer ausgeprägten Schwäche der weltwirtschaftlichen Dynamik hat dazu auch eine verhaltene Entwicklung der Inlandsnachfrage beigetragen. Insbesondere die privaten Konsumausgaben und die Bruttoanlageinvestitionen stiegen seit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 kaum. Die Schwäche der Inlandsnachfrage war jedoch auch schon in den Jahren vor der Krise bemerkbar und stand in engem Zusammenhang mit der Herausbildung eines exportorientierten Wachstumsmodells in Österreich seit Mitte der 1990er-Jahre. Im Zuge der weltweiten Deregulierung von Handels- und Kapitalströmen und insbesondere durch den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union 1995 und später durch die Integration der ostmitteleuropäischen Länder wurden die Exporte zur wichtigsten Triebkraft der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Geringere reale Lohnzuwächse im Vergleich zum Produktivitätsanstieg führten zu einer Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den meisten Handelspartnern. Die Kehrseite war eine schwache Einkommensentwicklung, die zu einem deutlichen Rückgang der Lohnquote führte. Dies dämpfte die Inlandsnachfrage und führte zu einer geringen Importdynamik und zu einem deutlichen Leistungsbilanzüberschuss.

Der wichtigste Einflussfaktor auf das größte Nachfrageaggregat – die Konsumausgaben der privaten Haushalte – ist das verfügbare Nettoeinkommen. Seit Mitte der 1990er-Jahre nahm nicht nur die Dynamik der Einkommenszuwächse ab, auch ihre Verteilung auf die Einkommensgruppen wurde ungleicher. Parallel dazu sank jedoch auch die Sparquote, sodass ein Teil des Rückgangs der Einkommensdynamik durch eine geringere Ersparnisbildung ausgeglichen wurde. Ohne diese Entwicklung wäre die Zunahme des privaten Konsums noch schwächer ausgefallen. Diese Trends setzten sich auch nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 fort. Die schwache Einkommensentwicklung und die Verschiebung der Einkommensverteilung von Löhnen zu Gewinnen bzw. vom unteren Einkommensterzil in die höheren sind maßgebliche Ursachen des anhaltend mäßigen Wachstums der Konsumausgaben der privaten Haushalte.

Neben dem privaten und öffentlichen Konsum bilden die Bruttoanlageinvestitionen die zweite Komponente der Inlandsnachfrage. Der überwiegende Teil der gesamten Investitionen einer Volkswirtschaft wird allerdings im privaten Sektor getätigt. Öffentliche Investitionen spielen dennoch eine wichtige Rolle, da sie unmittelbar vom Staat getätigt werden und zielgerichtet eingesetzt werden können, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stärken. Öffentliche Investitionen beeinflussen auch wesentlich die zukünftigen Produktionsmöglichkeiten und können zudem eine positive Wirkung auf die private Investitionstätigkeit erzielen.

Die Darstellung der Entwicklung der öffentlichen Investitionen wird durch die Ausgliederungen zahlreicher öffentlicher Einrichtungen aus dem Sektor Staat erschwert. Seit Mitte der 2000er-Jahre hat es hier allerdings keine nennenswerten Änderungen mehr gegeben. Mit Ausnahme eines Anstiegs während der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 lag der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahren mehr oder weniger

konstant bei knapp 3%. Für die Beurteilung der Angemessenheit der Höhe der öffentlichen Investitionen sind allerdings die Nettoinvestitionen aussagekräftiger. Diese waren in den vergangenen 15 Jahren meist knapp positiv. Auch wenn der öffentliche Kapitalstock dadurch weiter leicht gewachsen ist, deutet dieser niedrige Wert auf eine geringe Zunahme hin. Angesichts einer wachsenden und alternden Bevölkerung und aufgrund der steigenden Bedeutung von Pflege- und Gesundheits-, Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen sowie des sozialen Wohnbaus ist ein steigender öffentlicher Kapitalstock von großer Bedeutung.

In einer Reihe von modellbasierten Simulationen wurden verschiedene Möglichkeiten zur Stärkung der Inlandsnachfrage untersucht. Dabei wurde untersucht, welche Effekte Veränderungen der verfügbaren Nettoeinkommen und ihrer Verteilung auf den privaten Konsum und die gesamtwirtschaftliche Nachfrage haben. Mit Hilfe eines mikroökonomischen und zweier makroökonomischer Modelle werden Verteilungs-, Einkommens-, Nachfrage- und Wertschöpfungseffekte der jeweiligen Maßnahmen berechnet. Um die Wirkungen einer Entlastung der verfügbaren Nettoeinkommen zu untersuchen, wurde bei den Simulationen zweistufig vorgegangen. Im ersten Schritt wurde mit Hilfe des WIFO-Mikrosimulationsmodells die Auswirkung unterschiedlicher Maßnahmen auf die verfügbaren Haushaltseinkommen in den verschiedenen Einkommensgruppen berechnet. Das Modell erlaubt dabei die Simulation von Veränderungen im Steuer- und Abgabensystem sowie von Veränderungen der sozialen Transferleistungen. In einem zweiten Schritt wurden die Ergebnisse der Mikrosimulationen in das WIFO-Macromod und das WIFO-Modell ADAGIO implementiert und so die makroökonomischen Effekte berechnet.

Aus den Ergebnissen der Simulationen lassen sich folgende Schlussfolgerungen ziehen:

- Eine Entlastung der verfügbaren Haushaltseinkommen hat einen merklich positiven Effekt auf die Konsumausgaben, der umso größer ausfällt, je stärker untere Einkommensgruppen davon profitieren.
- Änderungen im Steuer- und Abgabensystem auf Personenebene sind nur bedingt geeignet, Haushalte in den unteren Einkommensgruppen zu entlasten, da Haushalte in mittleren und oberen Einkommensgruppen ebenfalls wesentlich davon profitieren. Insbesondere eine Senkung des Eingangssteuersatzes erhöht die Einkommen der Haushalte des oberen Terzils deutlich stärker als jene der Haushalte im unteren und mittleren Terzil, wodurch die Ungleichheit steigt. Auch dürften diese Maßnahmen – wie in der Simulation unterstellt – keine gegenfinanzierenden Kürzungen auf der Ausgabenseite bei staatlichen Leistungen nach sich ziehen, deren gesamtwirtschaftlichen Effekte die Konsumnachfrage erheblich dämpfen würden.
- Eine Erhöhung der sozialen Transferleistungen, die auf Haushaltsebene ansetzen, stärkt zielgerichtet die untere Einkommensgruppe, sodass der Effekt einer solchen Maßnahme auf den Konsum im Vergleich mit den anderen Szenarien am höchsten ausfällt. Nicht berücksichtigt sind in der Simulation jedoch Anreizeffekte, die zu einer Veränderung des Arbeitskräfteangebots führen könnten.

- Aufgrund des insgesamt größeren Effekts auf die Inlandsnachfrage und der höheren Importneigung des unteren Einkommensterzils ist der Anstieg der Importe einer solchen Maßnahme größer als bei einer Veränderung des Steuer- und Abgabensystems.
- Aufgrund des wesentlich höheren Effekts einer Erhöhung von Transfers auf das Bruttoinlandsprodukt steigen auch die Staatseinnahmen, wodurch sich diese Maßnahme – unter Nicht-Berücksichtigung möglicher Veränderungen des Arbeitskräfteangebots – im Gegensatz zu den anderen teilweise selbst finanziert.
- Bei gleicher Belastung der öffentlichen Haushalte haben die Änderungen im Steuer- und Abgabensystem einen halb so großen BIP- und Beschäftigungseffekt (Multiplikator) wie eine Erhöhung der sozialen Transferleistungen auf Haushaltsebene.

Eine Entlastung der verfügbaren Nettoeinkommen ist also geeignet, um die österreichische Inlandsnachfrage zu erhöhen und das Wirtschaftswachstum zu stimulieren. Solche Maßnahmen sind jedoch auch aus verteilungspolitischer Sicht wichtig. Allerdings zeigt gerade die Simulation einer Einkommenserhöhung, dass der Effekt der Maßnahmen wesentlich davon abhängt, an welchem Politikinstrument sie ansetzt. Gerade weil die Einkommen vieler Personen bereits unter der Steuerfreibetragsgrenze liegen, scheint eine Senkung der Einkommensteuertarife aus Nachfrage- und Verteilungssicht weniger zielführend zu sein, als beispielsweise eine Anhebung sozialer Transferleistungen auf Haushaltsebene. Ein ähnlicher Effekt könnte alternativ auch durch eine Erhöhung der kollektivvertraglich festgesetzten Mindestlöhne erreicht werden. Dies hätte den Vorteil, dass davon unmittelbar die Primäreinkommen betroffen wären, und es keine Ausweitung sozialer Transferleistungen nach sich zieht. Eine solche Maßnahme hätte möglicherweise auch positive Anreizeffekte auf das Arbeitsangebot, ihre Simulation würde jedoch den Rahmen dieser Studie sprengen.

5 Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., Kaniovski, S., „WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy“, OeNB, Workshop, 2005, (5), <http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Workshopbaende/2005/Workshop-No.-05.html>.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., „Steuerreform 2015/16 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen bis 2019“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 399-416.
- Baumgartner, J., Kaniovski, S., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., „Mäßiges Wirtschaftswachstum mit hoher Arbeitslosigkeit. Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft bis 2020“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(10), S. 779-796, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58449>.
- Belke, A., Dreger, Ch., Ochmann, R., Do Wealthier Households Save More? The Impact of the Demographic Factor, IZA Discussion Paper Series, 2012, (6567).
- Breuss, F., Österreich in der EU – eine Erfolgsgeschichte, Wirtschaftspolitische Blätter, Wien, 2015, (2).
- Breuss, F., Kaniovski, S., Lehner, G., „Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002“, WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(7), S. 557-571, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/25156>.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., „Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte“, WIFO-Monatsberichte, 2004, 77(8), S. 627-643, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/25204>.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., „Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen“, WIFO-Monatsberichte, 2009, 82(9), S. 675-686, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/36767>.
- Dirschmid, W., Glatzer, E., „Determinanten der Sparquote der privaten Haushalte in Österreich“, OeNB Geldpolitik & Wirtschaft, 2004, Q4/4, S. 26-40.
- Ederer, S., „Konjunktur erholt sich in Österreich geringfügig“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(12), S. 863-870, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58562>.
- Ederer, S., Reschenhofer, P., Macroeconomic Imbalances in the EU, WWWforEurope Working Paper, 2013, (42).
- Ederer, S., Reschenhofer, P., Macroeconomic Imbalances and Structural Change in the EMU, WWWforEurope Working Paper, 2014, (69).
- Ederer, S., Reschenhofer, P., Growth Patterns and Trade Imbalances in the EMU. A Global Value Chain Analysis, WIFO Working Paper, 2016, (509).
- Ederer, S., Stockhammer, E., Četković, P., „20 Jahre Österreich in der EU – Neoliberale Regulationsweise und exportgetriebenes Akkumulationsregime“, in: BEIGEWUM (Hg.), Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt, Mandelbaum Verlag, Wien, 2015, S. 34-58.
- Falk, M., Corporate Investment in Austria: Stylized facts, Impacts, Determinants and Investment Policies, 2016, erscheint demnächst.
- Grünberger, K., Strukturelle Modelle des Arbeitsangebots: Eine Schätzung erwerbsbezogener Präferenzen österreichischer Haushalte, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.
- Horvath, T., Huemer, U., Kratena, K., Mahringer, H., Sommer, M., Gstinig, K., Janisch, D., Kurzmann, R., Kulmer, V., Beschäftigungsmultiplikatoren und die Besetzung von Arbeitsplätzen in Österreich, WIFO, 2016.
- Hüfner, F., Koske, I., Explaining Household Saving Rates in G7 Countries: Implications for Germany, OECD Working Paper, 2010, (754).
- Kratena, K., Streicher, G., Macroeconomic Input-Output modelling – structures, functional forms and closure rules, International Input-Output Association Working Paper, 2009, WPIOX 09-009.
- Kratena, K., Streicher, G., „FIDELIO'S ADAGIO – A family of regional econometric input output models“, in Schmid, E., Vogel, S. (Hrsg.), The Common Agricultural Policy in the 21st Century. Festschrift für Markus F. Hofreither, facultas.wuv, Wien, 2014, S. 131-148.
- Kratena, K., Streicher, G., Temurshoev, U., Amores, A.F., Arto, I., Mongelli, I., Neuwahl, F., Rueda-Cantuche, J.M., Andreoni, V., FIDELIO 1: Fully Interregional Dynamic Econometric Long-term Input-Output Model for the EU 27, Joint Research Centre, Scientific and Policy Reports, Sevilla, 2013, (JRC81864).

- Marterbauer, M., Kaniovski, S., Kratena, K., Wüger, M., WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation, Teilstudie 11: Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage, WIFO, 2006.
- Mayrhuber, Ch., Rocha-Akis, S., Zulehner, Ch., „Verteilungseffekte einer Änderung der Abgabenbelastung geringer Erwerbseinkommen in Österreich. Ergebnisse einer Mikrosimulation“, WIFO-Monatsberichte, 2014, 87(11), S. 767-781.
- Rabethge, B., Die Methode der Mikrosimulation am Beispiel einer Abschaffung des Alleinverdienerabsetzbetrags, Diplomarbeit, Universität Wien, 2009.
- Rocha-Akis, S., „Verteilungseffekte der Einkommensteuerreform 2015/16“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(5), S. 387-398, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58170>.
- Rocha-Akis, S., Steiner, V., Zulehner, Ch., „Verteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Sozialabgabensystems 2007/2016“, WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(5), S. 347-359, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/58833>.
- Schiman, St., „Verschuldungs- und Entschuldungsprozesse prägen die weltweiten Konjunkturaussichten. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2019“, WIFO-Monatsberichte, 2015, 88(1), S. 39-50, <http://monatsberichte.wifo.ac.at/50922>.
- Statistik Austria, Methodenbericht EU-SILC 2012, Wien, 2013.
- Statistik Austria, Standard-Dokumentation Metainformationen zu EU-SILC 2013, Wien, 2015.
- Stockhammer, E., Ederer, S., Demand effects of the falling wage share in Austria, *Empirica*, 2008, 35(5).
- Stockhammer, E., Onaran, O., Ederer, S., Functional income distribution and aggregate demand in the Euro area, *Cambridge Journal of Economics*, 2009, 33(1), S. 139-159.
- Streicher, G., Stehrer, R., „Whither Panama? Constructing a consistent and balanced world SUT system including international trade and transport margins“, *Economic Systems Research*, 2015, 27(2), S. 213-237.